

STICH

14. JAHRG.
2/96
JUNI 96

BAYER-SCHLAGLICHTER
STICHWORT: BAYER-GENTECHNIK
STICHWORT: BAYER-IMPERIUM
STICHWORT: BAYER-UNFÄLLE ...



BAYER-HAUPTVERSAMMLUNG: KRITIKERINNEN ERWEITERN TAGESORDNUNG - BAYER-VORSTAND GEGEN AKTIONÄRS-DEMOKRATIE.
BAYER-AIDS-OPFER IN JAPAN ERSTREITEN ENTSCHÄDIGUNG

WORT...

DIE ANDEREN INFORMATIONEN ZU EINEM MULTINATIONALEN CHEMIEKONZERN

**FÜR FREUNDE
& BEKANNTE**

**STICH-
WORT
BAYER**

**nur DM 2,-
pro Heft**

Noch immer findet STICH-
WORT BAYER nicht aus-
reichend Verbreitung. Des-
halb bieten wir allen Abo-
nennInnen und Mitglie-
dern die Möglichkeit, zu-
sätzliche Hefte für DM 2,-
pro Stück für die Weiter-
gabe an Freunde & Bekann-
te zu kaufen. Hinzu kommt
nach Porto: DM 2,- bis 2
Hefte, DM 5,- ab 3 Hefte.

COUPON

Ja, ich bestelle zur regel-
mäßigen Lieferung (4x/Jahr)
zusätzlich zu meinem Abo-
 bzw. meiner Mitgliedschaft

// 2 Expl. STICHWORT BAYER
für DM 4,- zzgl. DM 2,- Porto

// 5 Expl. STICHWORT BAYER
für DM 10,- zzgl. DM 5,- Porto

// 10 Expl. STICHWORT BAYER
für DM 20,- zzgl. DM 5,- Porto

Name

Wannname

Straße

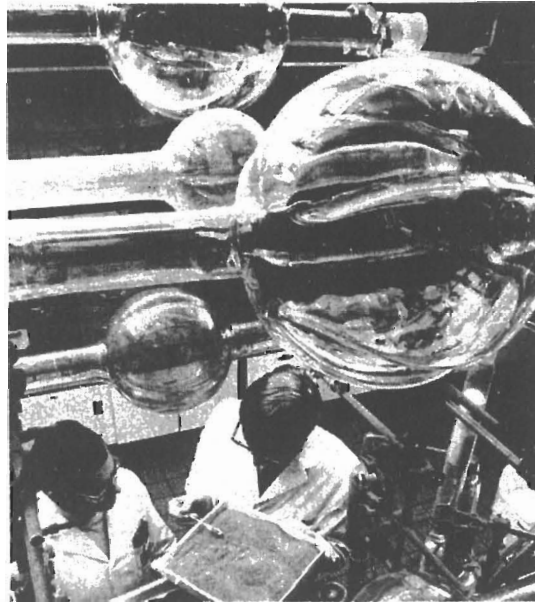
Ort

Tel.

Diese Konditionen gelten nur in
Verbindung mit einem regulären
Grundabo. Falls dies (oder eine
Mitgliedschaft) noch nicht
besteht, wird hiermit ein Abo zu
Normalbedingungen (s. zw. Impres-
sum) mitbestellt.

CBG, PF 1504 18, 40081 Düsseldorf

**STICHWORT BAYER 2/96
INHALT**



BELEGSCHAFT

Weniger Sicherheit,
mehr Proff

SEITE 4

BELEGSCHAFT

ISO 9.000 - Norm ohne
Nutzen

SEITE 5

SCHLAGLICHTER

- AKTION & KRITIK, S. 12
- KAPITAL & ARBEIT, S. 12
- POLITIK & EINFLUSS, S. 13
- IG FARBEN & HEUTE, S. 14
- DRUGS & PILLS, S. 15
- GENE & KLONE, S. 16
- PESTIZIDE & HAUSHALTSgifte, S. 17
- GIFT & MÜLL, S. 18
- PROPAGANDA & MEDIEN, S. 18
- KONTROLLE & ÜBERWACHUNG, S. 18
- IMPERIUM & WELTMARKT, S. 18
- ÖKONOMIE & PROFIT, S. 19
- UNFÄLLE & KATASTROPHEN, S. 20
- STANDORTE & PRODUKTION, S. 20
- RECHT & UNBILLIG, S. 20
- FORSCHUNG- & ENTWICKLUNG, S. 20
- SPORT & MEDAILLEN, S. 22

SEITE 12

**STICHWORT BAYER 2/96
IMPRESSUM**

STICHWORT... - Die anderen
Informationen zu einem multifunktiona-
len Chemiekonzerne. 1. Jahrgang
Postvertriebsstück IF 10848
Hg.: COORDINATION GEGEN BAYER-
ER-GEFAHREN e. V. (CBG e. V.)
Für mehr Umweltschutz und sichere
Arbeitsplätze bei BAYER - weltweit.
Die CBG ist ein internationales
Selbsthilfenetzwerk, das vom mul-
tifunktionalen BAYER-Konzern betrat-
tete und an diesem Konzern interes-
sierte zusammenschließt und die Tä-
tigkeit dieses Multis kritisch beglei-
tet. Ziel der Arbeit ist es, die von
BAYER ausgehenden Gefahren für
Mensch, Tier und Umwelt bekann-
tmachen, einzudämmen und möglichst
ganz abzustellen. Je ein Exemplar von
STICHWORT... wird dem Vorstand
des BAYER-Konzernes, Kaiser-Wil-
helm-Allee, 51373 Leverkusen, über-
sandt. LeserInnen können mit die-
ser Möglichkeit, die Konzernleitung zu
bilden, zu bestimmen, in STICH-
WORT... behandelten Themen,
Stellung zu beziehen.
Redaktion: v. i. S. d. P. Hubert Ostend-
dorf (ho). Mitarbeit: Phillip Mimkes
(pm), Axel Köhler-Schnura (aks)
N.E.U. e-mail:
Co_gegen_Bayer@Nadeshda.gun.de
COORDINATION GEGEN BAYER-
ER-GEFAHREN (CBG), Postfach 1504 18,

40081 Düsseldorf. Wir bitten um
Zusendung von LeserInnen-
frost- und Bestellzettel.
Geschäftsstelle: Form (0211) 3339 11,
Fax: (0211) 3339 40
Bankverbindungen: Ökobank Frank-
furt/Main, Konto-Nr. 17 96 12, BLZ
500 90 100; Postgironummer Essen, Kon-
to-Nr. 378383 - 439; BLZ 360 100 43
Eigenverlag, Satz, Layout, Vertrieb: CBG
Druck: Neuer Weg Verlag, Essen
Anzeigen: Es gilt die Anzeigenpreis-
liste vom 01.01.1994 (I/II S. sw DM
1.000,-, II/2 S. DM 600,-, I/3 S. = II
Spalte DM 380,- zzgl. MwSt.)
STICHWORT... erscheint in 4 Ausga-
ben pro Jahr.
Abopreise: * Einzelabo (wird nur an
Privatadressen geliefert, nur für Ein-
zelpersonen möglich) DM 48,- (auf
Antrag Ermäßigung auf DM 30,- mögl.)
* Für Archive, Vereine, Firmen, Insti-
tutionen etc. DM 100,- (für Projekte
ohne Geldermäßigung möglich)
* Gruppenabo (5 Hefte je Ausg. für den
Vorstand/alle Mitglieder) DM 190,-
* Ausland: Einzelpersonenabo DM
75,-, Archive, Vereine, Institutionen
etc. DM 150,-, Gruppenabo (5 Hefte
je Ausgabe) DM 200,-
* Soli-Abo: Hier kann der Betrag über
den regulären Betrag freiwillig erhöht
werden. (Damit ermöglichen wir Abos
für Käse und Bedürftige.)

Geheuchelter Anspruch
"Über den sicheren und um-
weltgerechten Umgang mit
Produkten informiert BAYER
durch Schulung der Mitarbei-
ter sowie durch Beratung und
Aufklärung der Verbraucher,"
aus: BAYER-Umweltleitlinien

Tödliche Realität
In Japan zahlten BAYER und
vier weitere Firmen in den
achtziger Jahren umgerech-
net über 600.000 Mark Bestechungsgelder, mit dem Ziel,
ein Verkaufsverbot für HIV-
verseuchte Faktor VIII-Präpa-
rate zu verhindern. Bis heute
sind in Japan über 400 Mütter
an AIDS gestorben. (Bericht S.
22 ff.)

BAYER-HV

KritikerInnen klagen an
SEITE 6

AIDS-SKANDAL

Japanische AIDS-Opfer
erstreiten Entschädigung
SEITE 22

FAO-CODEX

Heile Welt in BAYER-Heft
SEITE 24

TIERVERSUCHE

... & Tests am Menschen
SEITE 26

* freiverkaufliche: Nur zusätzlich zu
einem regulären Grundabo möglich,
DM 2,- je Heft je Ausgabe (Bitte
angeben, wie viele Hefte regelmäßig
Ausgabe geliefert werden sollen.)
* Austausch-Abos mit anderen
Zeitungsmöglichkeiten erwünscht
* Für Mitglieder und Förderer der
CBG ist das Abo eines Heftes (bei
Einzelpersonen) bzw. von 5 Heften
(bei Gruppen) im Mitgliedsbeitrag
enthalten.
* Der Bezug von Einzelheften wird
mit DM 5,- je Heft zzgl. DM 5,- für
Porto/Verp.berechnet.
Der Nachdruck von Artikeln aus STICH-
WORT... ist ausdrücklich erwünscht.
Bitte Quelle angeben und zwei Beleg-
exemplare übersenden. Für unverfügb.
eingesandte Manuskripte, Bilder und
Fotografien wird keine Haftung
übernommen. Rechtlich geschützte
Warenzeichen werden in STICH-
WORT... ohne gesonderten Hinweis
genannt. Daraus ist nicht auf die freie
Verwendbarkeit der Marken im Zusat-
zschluß zu schließen.
Zur Aufnahmefähigkeit: Postsparen-
den Postzeitungsdienst hat die Post-
AG verfügt, den Firmennamen BAYER
aus dem Titel dieser Zeitschrift zu
streichen. STICHWORT... ist kosten-
gegenüber aus STICHWORT BAYER.

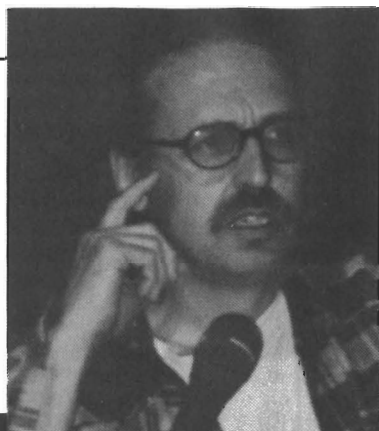
LIEBE LESERINNEN UND LESER,

es gibt Dinge, die machen fassungslos: Angenommen, ein Limonadenhändler hat gerade sein Lager mit Limonade gefüllt. Es wird bekannt, daß diese Limonademöglicherweise mit einem tödlichen Gift verseucht ist. Es gibt einen einfachen Test, dies festzustellen. Der Händler nimmt aber weder die Limonade vom Markt noch wendet er den Test an. Stattdessen besticht er die Aufsichtsbehörde, um eine Überprüfung der Limonade zu verhindern. Zugleich verzeichnet er in seinem Tagebuch, daß auf diese Weise wahrscheinlich tausende von Menschen durch die Limonade getötet werden. Und dann kommt es tatsächlich so: Fast alle KäuferInnen der Limonade sterben.

Was würde geschehen? Ruck-zuck säße der Händler wegen vorsätzlichem und tausendfachem Mord im Zuchthaus. Die Medien wären voll. Die ganze Welt würde über diesen Fall sprechen. Ein Skandal ohnegleichen!

Jetzt heißt dieser Händler aber BAYER - und schon ist alles anders!

BAYER wußte in den achtziger Jahren, daß die Blut-Produkte des Konzerns mit tödlichem AIDS verseucht waren. Ein einfacher Test wurde nicht angewendet. Stattdessen wurden Behörden bestochen, um Kontrollen der Produkte zu verhindern. Die Produkte wurden jahrelang in aller Welt weiterverkauft. Tausende von Menschen wurden getötet. Das ganze wurde auch noch in konzern eigenen Aktiennotizen und Dokumenten festgehalten und vertirgesehen.



Axel Köhler-Schnura ist Mitglied im Vorstand der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN

Doch die Verantwortlichen bei BAYER laufen frei herum. Heute noch. Nur, weil es sich in diesem Fall nicht um irgendeinen Limonadenhändler, sondern um einen der größten Konzerne der Welt handelt, bleibt die tausendfache Tötung von Menschen durch BAYER-Präparate (bisher) straffrei. Hier in Deutschland, in Japan, in den USA und überall auf der Welt.

Seit Jahren bringen wir von der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN diese Sachverhalte auch auf den BAYER-Hauptversammlungen vor. So auch auf der diesjährigen am 25. April 1996 in Köln. Doch nur, um die Erfahrung zu machen, daß die Verantwortlichen von BAYER die Tat umfassend decken. Der Vorstandsvorsitzende Manfred Schneider konnte am 25. April 1996 trotz erdrückender Beweislage - immerhin mußte der Konzern unmittelbar vor der Hauptversammlung 1996 in Japan außergerichtlich seine Schuld öffentlich eingestehen und der in Japan bestochene Prof. Abe wurde unter Mordanklage gestellt - „kein schuldhaftes Verhalten“ entdecken, seine „Mitarbeiter haben nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt“. Der Vorsitzende des BAYER-Aufsichtsrats

unterbricht gar den Aktionär Hubert Ostendorf und droht die Räumung des Mikrofons durch den Werkschutz an, nur weil dieser im Zusammenhang mit den AIDS-Verseuchungen von einem „Verbrechen“ spricht. Das alles macht fassungslos.

Doch offensichtlich ging BAYER auch für das Verständnis der in Köln anwesenden ca. 5 Tsd. AktionärInnen mit der beharrlichen Leugnung seiner Schuld einen Schritt zu weit. Denn obwohl der Konzernvorstand alles tat, um den Schaden zu begrenzen und die Abstimmungen in seinem Sinne sicher zu stellen, stimmten auf dieser Hauptversammlung erstmals bis zu ca. 700 Tausend Aktien für die Vorschläge unserer sozial-ökologischen Opposition bzw. verweigerten dem Vorstand durch Enthaltung die Solidarität (480 Tsd. Ja-Stimmen, 220 Tsd. Enthaltungen). Eine historische Niederlage für BAYER!

Der BAYER-Vorstand konnte damit zwar immer noch 98 und mehr Prozent der Aktien für sich verbuchen. Doch muß mensch dabei wissen, daß 99 % aller auf der Hauptversammlung anwesenden abstimmungsberechtigten Aktien von weniger als 100 Personen vertreten bzw. gehalten werden. Es ist also kein Widerspruch, wenn der Vorstand die Mehrheit der Aktien für sich verbuchen konnte, und dennoch die Mehrheit der AktionärInnen für die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN stimmte.

Axel Köhler-Schnura

BAYER.

Weniger Sicherheit, mehr Profit

"Durchschaubare" protestieren

(KföB/SWB) Die Werksicherheit bei BAYER in Leverkusen wird auf ihre Kostenstruktur überprüft. Es soll gespart werden. Wurden bisher die einzelnen "Leistungen" nur zu einem geringen Teil den Produktionsbereichen direkt angelastet, sollen sie demnächst dem Verursacher zugerechnet werden. Diese neue Kalkulationsbasis kann dazu führen, daß manche Betriebseinheiten künftig nicht mehr kostengünstig arbeiten. Der Rationalisierungsdruck steigt - auf Kosten der Produktionssicherheit.

Die "Kolleginnen und Kollegen für eine durchschaubare Betriebsratsarbeit" sehen diese Entwicklung mit großer Sorge. Wenn in einzelnen Betriebsbereichen bestimmte Kosten zu hoch sind, besteht die Gefahr, daß auf manche Dienstleistung verzichtet wird. Dabei müßten insbesondere beim Brandschutz (Werkfeuerwehr) und der Arbeitssicherheit derzeitigen Sicherheitsstandards beibehalten und sogar noch verbessert werden. Denn die Produktionssicherheit kann nicht unter Wirtschaftlichkeitsaspekten betrachtet werden.

Arbeitszeitänderung für Brandmeister

Unter dem Diktat der Kostensenkung ist auch die Arbeitszeitänderung der Brandmeister im Brandschutz zu sehen. Die verordnete Änderung hat für die Brandmeister erhebliche finanzielle Verluste zur Folge, etwa durch Wegfall von Feiertagszuschlägen. Begründet wurde die Änderung von Seiten der Bereichsleitung vor allem mit der Übernahme von zusätzlichen Tätigkeiten im vorbeugenden Brandschutz. Vorbeugender Brandschutz heißt z. B. Aufstellung, Wartung und Kontrolle von Feuermeldern, Überprüfung von Atemschutzmasken oder Schulung von Feuerwehrpersonal und MitarbeiterInnen.

Begleitend zur Arbeitszeitänderung wurde ein ganzer Katalog von Tätigkeiten aufgestellt, der jetzt umgesetzt werden soll. Ob diese Tätigkeiten jedoch im vollen Umfang durchgeführt werden, bleibt abzuwarten. Warum sonst

weigerte sich die Arbeitgeberseite bis zuletzt, bestimmte Standards abzusichern und sie in einer freiwilligen Betriebsvereinbarung (BV) festzuschreiben. Die "Durchschaubaren" fordern, alle MitarbeiterInnen über die Tätigkeiten abzusichern und alle derzeitigen Aufgabengebiete vor einer Fremdvergabe zu schützen. Doch der Forderung der "Durchschaubaren", die Zustimmung zur Änderung der Arbeitszeit (mitbestimmungspflichtig) von einer Absicherung der Sicherheitsstandards im Brandschutz (z. B. über eine BV) abhängig zu machen, folgte der IG CHEMIE-Mehrheitsbetriebsrat leider nicht.

Arbeitssicherheit ausgehungen?

Seit der Zusammenlegung der Bereiche Brandschutz und Ar-

beitssicherheit wird auch über die Wirtschaftlichkeit der Arbeitssicherheit nachgedacht. Einzelne Aufgaben im organisatorischen Bereich wurden zusammengefaßt und dadurch die MitarbeiterInnenzahl reduziert. Gleichzeitig laufen Überlegungen, ob Sicherheitsfachkräfte nicht den betreuenden Bereichen zugeordnet werden sollen. Dadurch besteht die Gefahr, daß die unabhängigen Fachkräfte den Zwängen der Abteilungen unterliegen werden und aus Kostengründen in ihren Aufgabengebieten beschnitten oder wegrationalisiert werden.

Auch in diesem Bereich ist eine Fremdvergabe nicht auszuschließen. Ein gutes Beispiel dafür ist die Ausschreibung der Arbeitssicherheitsaufgaben der neuen Fir-



ma DYSTAR (gemeinsame Tochter von BAYER und HOECHST). Sie hatte vom Sicherheitstechnischen Dienst (SID) ein Angebot erhalten, das weit unter den anfallenden Kosten der Arbeitssicherheitsabteilung bei der BAYER AG lag. Pikant daran ist, daß die Firma SID eine neugegründete Tochtergesellschaft der Berufsgenossenschaft ist, die angeblich gewährleisten soll, daß sich kleinere Firmen in der Chemischen Industrie bestimmte Sicherheitsstandards leisten können. Dazu gehören BAYER und die Firma DYSTAR sicher nicht!

Mehr Streß im Team

(KföB/SWB) Die Technologieberatungsstelle des DGB Hessen befragte erstmals Betriebsräte, in deren Betrieben Gruppenarbeit praktiziert wurde. Das Fazit ist erschütternd: "Auf dem gewerkschaftlichen Leitbild der humaneren Arbeitswelt durch Gruppenarbeit lastet ein dunkler Schatten", heißt es. Teamwork diene den Unternehmern eher als Vehikel für Personalabbau, Rationalisierung und für eine Verschlechterung des Lohnsystems. Im Zusammenhang mit der Einführung der sog. Teamarbeit stand bei BAYER und anderen Firmen die Drohung, weitere Kündigungen oder Rationalisierung vorzunehmen. "Auf diese Weise entstand ein Betriebsklima, das einem erfolgreichen Teamwork genau entgegensteht", lautet das Ergebnis der DGB-Befragung. Weifer heißt es: "Wenn die Belegschaft durch derartigen Existenzdruck eingeschüchtert ist, fällt es ihr natürlich schwer, selbstverantwortlich und kreativ in Gruppen zu arbeiten."

Aufgrund der Intervention des Betriebsrates ist das Angebot der SID mittlerweile zurückgezogen worden. In Anbetracht der derzeitigen Situation halten die "Durchschaubaren" es für äußerst wichtig, auch für die Arbeitssicherheit schnellstmöglich die derzeit noch guten Sicherheitsstandards abzusichern!

Neue Idee zur Finanzierung

Um die Kosten der Arbeitssicherheit (angeblich) "verursachergerecht" auf die Geschäftsbereiche zu verteilen, ist die neueste Vorstellung der Geschäftsleitung, für jeden unfallbedingten Arbeitsunfähigkeitstag dem Bereich des Beschäftigten eine bestimmte "Bearbeitungssumme" zu belasten. Der Betriebsrat ist hat sich dagegen ausgesprochen, weil er befürchtet, daß die Pauschale um so höher wird, je weniger Unfälle vorkommen. Außerdem wird befürchtet, daß die Betriebe Unfälle vertuschen, um Kosten zu sparen.

ISO 9.000 - Norm ohne Nutzen

(KföB/SWB) Die "Kolleginnen und Kollegen für eine durchschaubare Betriebsarbeit" kritisieren die internationale Norm ISO 9.000 zur Zertifizierung von Managementsystemen. Anhand eines Regelwerkes aus 20 Normelementen soll ISO 9.000 u. a. die "Kunden- und Anwenderfreundlichkeit" bescheinigen. Die Prüfgesellschaften (etwa TÜV oder Deutsche Gesellschaft für Qualitätssicherung/DQS) sind allerdings industrieabhängig und -durchsetzt, "80 % der Zertifikate oft nicht mehr wert, als das Papier, auf dem sie gedruckt sind", sagt sogar DQS-Präsident Karl Josef Erhart.

Bei BAYER sind mittlerweile etliche Abteilungen zertifiziert, viele KollegInnen haben persönlich Erfahrungen mit der Methode gemacht. Von der BAYER-Führung wird das Qualitätszertifikat hoch geschätzt: "Hohe Qualität der Produkte und Leistungen, optimale Wirtschaftlichkeit, umfassender Umweltschutz und größtmögliche Sicherheit sind gleichrangige Erfolgsfaktoren zum Erreichen der Unternehmerziele", heißt es in den Leitlinien für Qualitätsmanagement bei Bayer. Doch die "Durchschaubaren" waren von Anfang an skeptisch. Eine Normierung, die in erster Linie die weitestgehende Standardisierung von Arbeitsabläufen und Produktionsverfahren verfolge, könne nicht ohne weiteres ein Beleg für hohe Qualität und Umweltschutz sein, kritisieren sie. Auch Produkte mit schlechter Qualität und hoher Umweltbelastung könnten nach einem vereinheitlichten gleichförmigen Verfahren hergestellt werden, geben die "Durchschaubaren" weiter zu bedenken.

Ein Artikel im *manager magazin* 12/95 gibt ihnen recht. Dort wird der Gefahrgutbeauftragte der HOECHST AG zitiert. Seine ursprüngliche Hoffnung, die ISO-Zertifizierung der Unternehmen im Bereich Gefahrguttransport würde die rund 50.000 zeitraubenden Fahrzeugkontrollen überflüssig machen, wurde enttäuscht. Die zertifizierten Fahrzeuge gaben genauso oft Anlaß zu Beanstandung, wie die ohne Qualitätsstempel. "Die Normen sind nichts weiter als eine Aufzählung von Banalitäten", zitiert das *manager magazin* einen Kritiker. Weifer heißt es dort: "Um universell anwendbar zu sein, beziehen sich die Normen nicht auf die jeweiligen Produkte. Zertifiziert wird nicht die Qualität sondern das

Qualitätsmanagement - ein Unterschied, der vielen Führungskräften immer noch nicht bewußt ist. Die 9000er-Normen legen Arbeitsabläufe, Zuständigkeiten und Mindestqualifikationen fest. Eine Gewähr für gute Produkte bieten sie nicht." Der Wert der nichtssagenden Normen wird durch die Anwendung in der Praxis noch weiter herabgesetzt. Ziel ist es, möglichst schnell (und billig) an den begehrten Stempel zu kommen. "Die ISO erfüllt häufig eine Art Feigenblattfunktion", räumt selbst DQS-Manager Klaus Petrick ein; die DQS ist immerhin das



zweitgrößte Zertifizierungsunternehmen in Deutschland. Die "Durchschaubaren" schlußfolgern mit Anspielung auf den alten, in ein Lindenblatt gedruckten Werbekalauer "BAYER forscht für den Umweltschutz": "Feigenblätter sichern Umwelt und Qualität genausowenig wie Lindenblätter. Echte, nachvollziehbare Maßnahmen, Stärkung der Eigenüberwachung bei Arbeitsschutz, Umweltschutz und Feuerwehr sowie regelmäßige staatliche Kontrollen sind in unseren Augen bessere Garantien. Und natürlich nicht zu vergessen: qualifizierte Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, die nicht vor lauter Streß kaum noch wissen, wo ihnen der Kopf steht."

BAYER-Vorstand: Bittere Mienen

Großer Erfolg für KritikerInnen auf der BAYER-Hauptversammlung 1996

Die BAYER-Hauptversammlung (HV) ist dank gut geplanter Aktionen der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) seit Jahren Ort kritischer Abrechnung mit der umwelt- und menschenfeindlichen Geschäftstätigkeit des multinationalen Leverkusener Chemie-Konzerns. UmweltschützerInnen, GewerkschafterInnen, AnwohnerInnen, Betroffene und vor allem wieder Opfer nutzten auf Einladung der CBG diese Veranstaltung in Köln am 25. April 1996, um die Verantwortlichen bei BAYER und die Besitzer des Konzerns, die AktionärInnen, mit den schmutzigen Kehrseiten ihrer Gewinne und Umsätze zu konfrontieren und um ihre Forderungen nach Umweltschutz, Menschenrechten und Gesundheit persönlich zur Kenntnis zu bringen. Die BAYER-Hauptversammlung wurde so erneut zum Ort prinzipieller Auseinandersetzung mit der chemischen Industrie und mit multinationaler Konzernpolitik. Beim BAYER-Vorstand gab es allerdings statt der erhofften Isolation der KritikerInnen bittere Mienen. Von Marc Pletzer und Axel Köhler-Schnura.

Die Spannung im Vorfeld der diesjährigen Hauptversammlung war groß. Einerseits hatte der Aufsichtsratsvorsitzende von BAYER, Herrmann Josef Strenger, im Vorjahr die Stimmung im Saal provokativ angeheizt und drei Kritiker mit Werkschutzgewalt aus dem Saal werfen lassen; andererseits hatte die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG), seit nunmehr 14 Jahren Organisator der oppositionellen Aktionen zum jährlichen Aktionärs-Auffrieb, dieses Jahr mehr Unterstützung auf Seiten der BAYER-AktionärInnen denn je: Geradezu mit Erschütterung mußten die BAYER-Verantwortlichen zur Kenntnis nehmen, daß erstmals nicht nur mehrere Hundert KleinaktionärInnen die KritikerInnen unterstützten, sondern auch ein Großaktionär seine 25 Tsd. BAYER-Aktien gegen Vorstand und Aufsichtsrat in Position brachte. BAYER sah sich vor die historische Tatsache gestellt, daß die mißliebige sozial-ökologische Aktionärs-Opposition aufgrund dieses Aktienpakets in die Lage versetzt wurde, ganz formal die Tagesordnung zu beeinflussen. Waren bisher die Gegenträge der Kritiker schon lästig, so standen plötzlich der Ausstieg aus der Gentechnik, die Entschädigung ehemaliger IG FARBEN-Sklaven, ein Fonds für Opfer von BAYER-Produkten/-Produktion, angemessene Löhne in aller Welt und ähnliche für Dividende, Image und Börsenkurs kontraproduktive Themen ganz formal auf der Tagesordnung. Guter Rat war teuer, der Vorstand sah seiner Hauptversammlung mit gemischten Gefühlen entgegen.

Mit allen Mitteln versuchten die BAYER-Verantwortlichen zu retten,

was zu retten war. Die Anträge und Tagesordnungserweiterungen der Opposition wurden als „unbegründet“ diffamiert; der Vorstandsvorsitzende meinte, durch eine eigene Stellungnahme zum „tausendfachen AIDS-Tod durch BAYER-Medikamente“ (Flugblatt der CBG) den KritikerInnen von vorneherein den Wind aus den Segeln nehmen zu können; die Tagesordnungsvorschläge wurden als „untauglicher Versuch, die Hauptversammlung zu majorisieren“ dargestellt.



Hans Frankenthal fordert die Entschädigung der ehemaligen IG FARBEN-Zwangsarbeiter

Doch die Gesichter der auf einem Podium zwei Meter über dem Boden sitzenden BAYER-Vorstände wurden länger und länger: Die Rechnung ging nicht auf. Zwar blieben die meisten der anwesenden ca. 7.000 Aktionäre noch sitzen, als Hubert Ostendorf, Vorstandsmitglied der COORDINATION, aufforderte, sich zu einer Schweigeminute zugunsten der vielen tausend verstor-

benen Opfer von BAYER-Bluter-Medikamenten von den Plätzen zu erheben, aber so mancher bereute dies bereits, als Dr. Ute Braun, die Vorsitzende der Deutschen Hämophiliegesellschaft, in eindringlicher Sachlichkeit schilderte, daß von den weltweit ca. 22 Tsd. durch BAYER- und andere Medikamente tödlich verseuchten Blutern bereits die Hälfte gestorben ist. Und als danach ein Betroffener, Karl Caspari, das Rednerpult betrat und vortrug, wie ihm 1990 auf der BAYER-Hauptversammlung vom damaligen Versammlungsleiter, Prof. Grünwald das Mikrofon abgestellt, er mit Hämie überzogen und gezwungen wurde, seine Rede abzubreaken, da zeigte das Publikum Anteilnahme und Mitgefühl. Es empörte in der Folge nicht wenige, mit welcher kühler Arroganz der Vorstandsvorsitzende in Anbetracht dieser Reden die Zahlung von Geldern an die Opfer verweigerte und feststellte, daß er kein „schuldhaftes Verhalten von BAYER“ entdecken könne.

Der Vorstand geriet zusehends in die Defensive. Redner auf Redner betrat das Mikrofon: José Tolentino aus El Salvador z. B. sprach über Leid, Elend und Tod aufgrund in den industrialisierten Ländern längst verbotener, in seiner Heimat noch immer von BAYER vermarktetester Pestizide; Melanie Willms/COORDINATION und Gregor Bornes/GenEthisches Netzwerk schilderten, wie sich der Konzern in immer neuen Gentechnik-Patenten Leben aneignet, darunter ganze Baumfamilien; Siebo Janssen/amnesty international stellte dar, wie der Konzern mit Regimen paktiert, die die Menschenrechte mit Füßen treten, so z.

B. in Indonesien; Uwe Friedrich und Marc Pletzer, beide COORDINATION, berichteten über die Leidenswege unzähliger Opfer der BAYER-Holzgifte und -Pyrethroide; Dr. Joachim Dullin erläuterte die Gefahren, die durch die BAYER-Verweigerung eines Ausstiegs aus der Chlorchemie für Mensch und Umwelt entstehen usw. ... Insgesamt konfrontierten 17 von 29 Redebeiträgen den Saal mit immer neuen Fakten zu Umweltverbrechen und sozialen Problemen in aller Welt.

Endgültig ins Abseits geriet der Vorstand, als nicht nur der ehemalige IG FARBEN-Sklave Hans Frankenthal gerechte Entschädigung für unvorstellbares Leid forderte, sondern ihm spontan traditionelle Aktionäre zur Seite traten und bekundeten, sie seien durchaus mit einer Kürzung der Dividende einverstanden, wenn BAYER nur endlich die IG FARBEN-Opfer entschädigen würde.

Und dann kamen die Abstimmungen: Bis zu 458.000 Stimmen, das entspricht einem Kapital von über 200 Mio. Mark Kurswert, unterstützten die Tagesordnungspunkte der COORDINATION. Bis zu weiteren 240 Tsd. Stimmen, ca. 120 Mio. DM Kurswert, verweigerten dem Vorstand ihre Solidarität und enthielten sich der Stimme. Melanie Wilms, Vorstandsmitglied der COORDINATION, sieht in diesem Ergebnis "ein Waterloo für den BAYER-Vorstand und einen historischen Sieg für die COORDINATION." Da ändere auch die Tatsache nichts daran, daß „BAYER durch massive Einflußnahme auf die Medien dies der Öffentlichkeit vorenthalten kann. Der BAYER-Vorstand mußte zur Kenntnis nehmen, daß er - auch wenn er noch immer die Mehrheit der Aktien für sich verbuchen konnte - die Mehrheit der AktionärInnen gegen sich hat." Entsprechend bitter waren die Mienen der BAYER-Leute am Ende der Versammlung...

Alternativer Geschäftsbericht erhältlich

Zur BAYER-Hauptversammlung 1996 ist ein "Alternativer Geschäftsbericht" mit allen Gegenanträgen und Reden erhältlich, der für 23,— Mark incl. Porto bei der CBG, Postfach 10848, 40081 Düsseldorf, zu beziehen ist.

"Wir lassen uns nicht majorisieren!"

Anmerkungen zur Aktionärs"demokratie"

(aks) Alle auf der BAYER-Hauptversammlung anwesenden Aktien wurden von BAYER am Eingang erfaßt und in die EDV eingegeben. Kollege Computer spuckte dann die sogenannte „Präsenzliste“ aus, in die die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) Einsicht nahm und nach der sich folgendes Bild ergibt:

- Das Grundkapital von BAYER beträgt ca. 3,6 Mrd. DM in Aktien à 50,— DM. Das sind also rund 75 Mio. Aktien.

- Von diesen 75 Mio. Aktien waren ca. 47 %, also etwa 34 Mio., auf der HV anwesend bzw. vertreten.

- Es waren gleichzeitig ca. 7 Tsd. AktionärInnen anwesend.

- Laut Präsenzliste wurden ca. 95 % der 34 Mio. Aktien von lediglich etwa 30 Aktionären gehalten. Das waren die DEUTSCHE BANK als größter Aktionär, sowie einige weitere Banken, Versicherungen und Investmentgesellschaften.

- Lediglich ca. 20 Personen, die nicht als VertreterInnen von Banken, Versicherungen etc. in Erscheinung traten, hatten mehr als 500 Aktien.

- Die restlichen ca. 7 Tsd. AktionärInnen besaßen laut Präsenzliste zwischen 1 und max. 500 Aktien, im Schnitt ca. 50 Aktien je Person.

- Diese ca. 7 Tsd. (Klein)aktionärInnen kamen zusammen auf lediglich ca. 1 % des anwesenden Kapitals.

- In den Abstimmungen stimmten zwischen ca. 32,3 und 49,0 Tsd. Aktien für unsere Vorschläge und gegen die Vorschläge des Vorstands. Weitere ca. jeweils 150 Tsd. Aktien enthielten sich der Stimme, mochten sich also auch nicht auf die Seite der Vorstandsvorschläge schlagen.

- Bei den von den Kritischen AktionärInnen der CBG eingebrachten Tagesordnungspunkten stimmten bis zu 460 Tsd. Aktien für die Vorschläge der Opposition und weitere ca. 200 Tsd. Aktien enthielten sich.

- Selbst im schlechtesten Fall stimmten noch 274 Tsd. Aktien für unsere Vorschläge und weitere 200 Tsd. verweigerten durch Enthaltung dem Vorstand die Solidarität.

- Da davon ausgegangen werden muß, daß in der Regel die KleinaktionärInnen mit uns stimmten, haben also bei den Gegenanträgen bis zu zweihundert und bei den Tagesordnungspunkten sogar bis zu mehreren tausend AktionärInnen bis hin zur übergroßen Mehrheit im Saal für unsere Vorschläge gestimmt. Unter Umständen hat auch der eine oder Großaktionär mit uns gestimmt. Eventuell mußten vielleicht sogar einige BankenvertreterInnen im Auftrag von (Klein-)AktionärInnen für uns stimmen.

Fazit: Die Ergebnisse der Hauptversammlung 1996 sind als sensationell zu bewerten. Die große Mehrheit der auf der BAYER-Hauptversammlung anwesenden Personen hat sich gegen den Vorstand ausgesprochen. Unsere Kritik hat breite Unterstützung bei den AktionärInnen gefunden. Über das übliche Maß der Zustimmung von ca. 400 AktionärInnen hinaus - was auch bereits eine beachtliche Opposition darstellt - hat sich erstmals eine Mehrheit von mehreren tausend BAYER-AktionärInnen für unsere Vorschläge ausgesprochen (immer unterstellt, daß die Stimmen nicht durch wenige Großaktionäre zustande kamen).

Doch so funktioniert „Aktionärsdemokratie“: Trotz dieser Mehrheit für uns hat der BAYER-Vorstand alle Abstimmungen gewonnen. Einige wenige anwesende AktionärInnen und BankenvertreterInnen garantierten, daß zwischen 98,8 und 99,9 % aller Aktien für den Vorstand stimmten. Kapitalismus pur! Bei BAYER war die Stimmung angesichts dieser Ergebnisse deutlich eingeknickt. Der Vorstand kennt die realen Besitzverhältnisse bedeutend besser als wir und weiß deshalb genau, welche Mehrheiten sich für unsere Vorschläge gebildet haben. Da konnte er über den Unfug, den ein schimpfender Großaktionär in den Saal rief auch nicht mehr froh sein: „Es muß doch endlich mal Schluß sein, daß diese Spinner uns majorisieren!“ Es blieb nämlich angesichts der realen Situation offen, wer denn nun die „majorisierenden Spinner“ tatsächlich sind.



“Nach bestem Wissen und Gewissen”

Auszug aus der einleitenden Stellungnahme zu den kritischen Anträgen und Tagesordnungspunkten der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) von BAYER-Vorstandschef Dr. Manfred Schneider auf der Hauptversammlung der BAYER-AktionärInnen am 25. April 1996. Nach einer Mitschrift von Hubert Ostendorf

“...Hinzukommt eine Erweiterung der Tagesordnung... Diese Anträge (die Anträge der CBG,ho) haben wir Ihnen, soweit mit Recht und Gesetz vereinbar, ... mitgeteilt. Zur Begründung werden Argumente und Ansichten vorgetragen, die bereits seit vielen Jahren vorgebracht werden. ... Neue Aspekte ... haben wir dabei nicht entdecken können. ... (Daher) halten wir es nicht für notwendig, die Diskussion noch einmal zu wiederholen. Außerdem haben wir nicht den Eindruck, daß diese Gruppierung (die CBG,ho) ernsthaft an einer Diskussion interessiert ist. ...”

Zum Thema Pyrethroide habe das “Bundesinstitut für Gesundheit und Verbraucherschutz” festgestellt, daß sie keine Schäden hervorrufen”.

Zum Thema IG FARBEN würden, so Schneider, “Jahr für Jahr die gleichen Behauptungen” vorgebracht.

Was die tausendfache HIV-Infektion von Blutern durch BAYER-Produkte anbetrifft (vgl. dazu Bericht auf S.22 ff.), meinte Schneider “in aller Deutlichkeit ... teilweise ehrenrührige Vorwürfe zurückweisen” zu müssen. Die Infizierung sei “auf tragische Weise” erfolgt, “von einer Behinderung” der Einführung von Sicherheitsverfahren “kann überhaupt keine Rede sein. ... In allen Fällen haben wir das Unsere getan. Das gilt für Deutschland, Japan und die USA, wo jetzt nicht zuletzt auf unsere Initiative ein Vorschlag zur Entschädigung” der Opfer unterbreitet worden sei. Es sei, so Schneider, “nicht sinnvoll, die in Deutschland und Japan gefundenen Lösungen miteinander zu vergleichen. ... Der Unterschied (der Entschädigungssummen, in Deutschland zwischen 20 und 50 Tsd. DM einmalig, in Japan 630 Tsd. DM zzgl. einer monatlichen Rente von 2 Tsd. DM, ho) resultiert aus der unterschiedlichen Lebenssituation. In Japan gibt es keine Berufsunfähigkeitsversicherung. ... Eine Geldentschädigung bei einer lebensbedrohlichen Krankheit” sei im Übrigen keine Wiedergutmachung, stellt Schneider fest, um im gleichen Atemzug weitere Entschädigungen zu verweigern. Als wolle Schneider die stets bestrittene Tatsache, daß BAYER die verseuchten Gerinnungspräparate in vollem Bewußtsein der Konsequenzen vertrieben hat, im nachhinein rechtfertigen, führt er weiter aus: “Schließlich wurden die Plasmapräparate dringend benötigt. ... Niemand kannte die damit verbundene Gefahr. ... Unsere Mitarbeiter haben nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt. ... Dennoch sprechen wir allen Betroffenen unser tiefstes Bedauern und Mitgefühl aus.”

der den Blut-AIDS-Skandal aufgearbeitet hat, hat Versäumnisse und Fehlverhalten bei Pharmafirmen, staatlichen Aufsichtsbehörden und Ärzten festgestellt. BAYER hat bis 1985 durch seine amerikanische Tochter CUTTER mit dem AIDS-Virus verseuchte Blutgerinnungspräparate nach Deutschland geliefert, obwohl firmenintern bereits 1982 vor einer AIDS-Epidemie gewarnt wurde. Bekannte Virusinaktivierungsverfahren wurde aus ökonomischen Gründen nicht genutzt.

Der AIDS-Untersuchungsausschuß hatte die Einrichtung eines Fonds vorgeschlagen, aus dem ein Betrag von ca. 350.000 DM als Ausgleichsleistung für jeden HIV-infizierten Hämophilen gezahlt werden sollte. Der im Juli '95 eingebrachte Fonds hingegen hat nur einen Bruchteil dieser Summen eingebracht, so daß im vergangenen Jahr gerade einmal 3,8 Mio. DM gezahlt wurden - bei 1.400 Betroffenen. Wenn das Geld der Stiftung verbraucht ist, werden die monatlichen Zahlungen an die Betroffenen eingestellt. Die Notsituation der Betroffenen wurde hemmungslos ausgenutzt, um eine Billig-Lösung durchzusetzen. Viele haben resigniert und im vergangenen Jahr die geringen Stiftungsleistungen angenommen. Wo bleibt da die Gerechtigkeit? Eine gerechte Entschädigung ist das Mindeste, was den Betroffenen zugestanden werden muß. Auch auf eine Entschuldigung von Seiten der Firmen, die in Japan ausgesprochen wurde, haben die Betroffenen hierzulande vergeblich gewartet. Die Betroffenen müssen auf der Grundlage der Empfehlungen des HIV-Untersuchungsausschusses entschädigt werden.

Wo bleibt die Gerechtigkeit?

Auszüge aus der Rede von Dr. Ute Braun, Vorsitzende der Deutschen Hämophiliegesellschaft

(swb) “Weltweit wurden aufgrund schwerer Versäumnisse der Pharmazeutischen Industrie 22.000 Hämophile durch verseuchte Gerinnungspräparate infiziert, allein in Deutschland sind es ca. 1.400 Betroffene. Nahezu die Hälfte der Betroffenen ist bereits verstorben und ein Teil schwer erkrankt. Viele wagen es auch heute nicht, sich in der Öffentlichkeit als HIV-Infizierte zu bekennen.

Noch immer warten die Betroffenen in Deutschland und in vielen anderen Ländern der Welt auf eine gerechte Entschädigung. In Japan haben nun BAYER und vier weitere Firmen Ende März mit einigen mit einigen Klärgemeinschaften von HIV-infizierten Blutern einen Vergleich geschlossen, der besagt, daß die Betroffenen eine Entschädigung von umgerechnet ca. 630.000 Mark erhalten, zusätzlich eine monatliche Rente von 2.000 DM, wenn sie bereits an AIDS erkrankt sind. Der BAYER-Vorstand muß sich fragen

lassen: Mit welchen Argumenten sollen den Betroffenen in Deutschland eine Entschädigung verwehrt werden, die den Betroffenen in Japan zugestanden wird?



Schneider fordert neues Aktiengesetz

BAYER-Chef Dr. Manfred Schneider will den Auftritt kritischer AktionärInnen auf den Hauptversammlungen behindern. Auf die Frage eines traditionellen Coupon-schneiders, ob man sich die “Agitation der sogenannten COORDINATION gegen die sogenannten BAYER-GEFAHREN” anhören müsse, antwortete Schneider: “Hier ist der Gesetzgeber gefordert, das Aktienrecht zu reformieren, damit eine ordnungsgemäße Durchführung der Hauptversammlung überhaupt noch zu garantieren ist.”

Der AIDS-Untersuchungsausschuß des Deutschen Bundestages,

Da der BAYER-Vorstand diesbezüglich seiner Verantwortung weltweit nicht gerecht geworden ist, fordere ich die Aktionäre auf, ihm die Entlastung zu verweigern.

Ich danke Hubert Ostendorf von der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN für seinen Redebeitrag und das Engagement. Die von ihm verlangte Schweigeminute ist eine Verneigung vor dem unendlichen Leid der Opfer.”

Chemie im Dialog - BAYER verweigert die Antwort

Die oppositionellen RednerInnen, ihre Themen und die Nicht-Antworten des BAYER-Vorstands

(aks) Auf der BAYER-Hauptversammlung am 25. April 1996 traten folgende kritische AktionärInnen ans Rednerpult:

Hubert Ostendorf (Vorstand CBG) wurde als erster Redner ans Mikrofon gerufen. Er wertete die Verseuchung vieler tausend Bluter durch BAYER-Produkte als "Verbrechen". Dies führte zum Abstellen des Mikrofons und zur Drohung des Versammlungsleiters, des Aufsichtsratsvorsitzenden H. J. Strenger, ihn bei Wiederholung gewaltsam „aus dem Saal entfernen zu lassen". Hubert Ostendorf zeigte eine großformatige Fotografie, auf der japanische Pharma-Manager abgebildet waren, die sich im April 1996 öffentlich auf die Knie begeben hatten und als Entschuldigungsgeste an die Opfer ihrer AIDS-verseuchten Bluter-Präparate den Kopf auf den Boden neigten. Er forderte den BAYER-Vorstand auf, es den japanischen Kollegen gleichzutun, sich bei den Opfern zu entschuldigen und sie angemessen zu entschädigen. Außerdem verlangte er die strafrechtliche Verfolgung der verantwortlichen Manager. Er zitierte aus dem Protokoll des Bundestagsuntersuchungsausschusses zum Bluter-Medikamenten-Skandal die Stellen, die belegen, daß BAYER von der AIDS-Gefahr seiner Produkte spätestens Anfang 1983 gewußt und dennoch die verseuchten Präparate in vollem Wissen der tödlichen Wirkung in aller Welt jahrelang weiter verkauft hat. Er stellte dar, daß BAYER sogar verseuchte Medikamente nach Japan geliefert hat, die in USA nach einem Verbot vom Markt genommen werden mußten. Ferner ging Ostendorf auf den Vertrieb des BAYER-Herzmittels ADALAT ein, das durch eine US-Studie in Verfall gekommen ist. Wie berichtet (SWB 1/96, S. 25), soll ADALAT die Wahrscheinlichkeit, an einem Herztod zu sterben, erhöhen. Ostendorf wollte wissen, ob es stimmt, daß BAYER eine Kommission der amerikanischen Arzneimittelbehörde dazu gebracht hat, eine Unbedenklichkeitserklärung für ADALAT auszusprechen.

Nicht-Antwort Dr. Schneider: "Aus dem Zusammenhang gerissene Zi-

tate werde ich nicht kommentieren", stellte er zu den Ergebnissen des Untersuchungsberichtes des Bundestages lapidar fest. Zu ADALAT äußerte er sich gar nicht.

Dr. Ute Braun, Vorsitzende der Deutschen Hämophiliegesellschaft, geißelte die tausendfache Verseuchung von Blutern durch Faktor VIII-Präparate und forderte vom BAYER-Konzern eine angemessene Entschädigung (650.000 Mark pro Opfer zuzüglich einer Rente). Sie legte ausführlich dar, wie BAYER und die Pharma-Industrie selbst solche Vorschläge, wie den Kompromiß der Bundesregierung in Form einer Stiftung, ad absurdum führen. Sie bedankte sich ausdrücklich bei Hubert Ostendorf für die Initiative zu einer Schweigeminute für die Opfer des Skandals.

Nicht-Antwort Dr. Schneider: Die in Deutschland gezahlten Summen (20.000 - 50.000 Mark) seien fair und entsprächen der Entschädigungsregelung in Japan, dahier wichtige Kosten, wie etwa die Lohnfortzahlung, von der Sozialversicherung übernommen werden. (Mit dieser Aussage gesteht Schneider ein, daß die Kosten in Deutschland auf die Allgemeinheit umgelegt werden. ho). Im Übrigen schade die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) den Blutern, Einzelheiten über Zahlungen mache er nicht, ein Schuldeingeständnis werde es nicht geben.

Karl Caspari, Betroffener im Bluter-Skandal, berichtete in einer sehr bewegenden Rede von seinem Schicksal und forderte die Entschädigung aller Opfer. Er legte dar, wie er 1990 an gleicher Stelle vom Vorstand erniedrigt und gezwungen wurde, seine Rede abbrechen.

Nicht-Antwort Dr. Schneider: Er ging mit keinem Wort auf die Rede ein, entschuldigte sich auch nicht für die zugefügten Erniedrigungen 1990, lehnte alle Zugeständnisse ab und beharrte darauf, daß "wir das Unsere" getan haben.

Hans Frankenthal, ehemaliger IG FARBEN-Sklave, heute im Ausschwitz-Komitee, berichtete über sein Schicksal und forderte in einer sehr

persönlich gehaltenen Rede die Entschädigung der IG FARBEN-ZwangsarbeiterInnen: "Es ist ein Skandal, daß heute, 50 Jahre nach Kriegsende, die wenigen, die noch leben, immer noch keine Entschädigung erhalten haben. Ich fordere den BAYER-Konzern auf, endlich seiner historischen Verantwortung nachzukommen."

Nicht-Antwort Dr. Schneider: Er stellte „unmißverständlich" fest, daß es abschließende Regelungen gegeben hätte und BAYER nicht zuständig sei. Das Unternehmen sei, so Schneider, nicht Rechtsnachfolger der IG FARBEN.

Diese rüde Ablehnung stieß selbst bei traditionellen AktionärInnen auf Unmut. Zwei von ihnen ließen sich spontan in die Rednerliste aufnehmen und bekundeten unter Beifall im Saal, daß sie durchaus bereit seien, auf einen Teil der (in diesem Jahr erhöhten) Dividende zu verzichten, damit die ehemaligen ZwangsarbeiterInnen endlich entschädigt werden können.

Nicht-Antwort Dr. Schneider: Zum Thema wäre alles gesagt.

Gregor Bornes vom Vorstand des Genethischen Netzwerkes berichtete von zahlreichen Patenten auf Leben, die sich BAYER bereits hat sichern lassen. Er erläuterte die damit verbundenen Gefahren und stellte eine Fülle konkreter Fragen an den Vorstand.

Nicht-Antwort Dr. Schneider: Gentechnik sei der Markt der Zukunft, der sich in den nächsten Jahren bereits von derzeit ca. 10 Mrd. DM auf weit über 100 Mrd. DM Volumen ausweiten werde. „Alle Wissenschaftler der Welt" seien sich über die „positive Bedeutung der Gentechnik für die Zukunft einig".

José Angel Tolentino von der Verbraucherschutzorganisation CDC in El Salvador durfte seine Rede nicht in spanisch vortragen. Der Versammlungsleiter, Hermann Josef Strenger, erlaubte lediglich, daß die deutsche Übersetzung vorgelesen wurde. Tolentino kritisierte die Vertriebspraxis von ASPIRINA INFANTIL in seinem Land. Das Mittel kann zu einer schwerwiegenden

Krankheit mit Todesfolge bei Kindern führen. Außerdem verurteilte Tolentino den anhaltenden Vertrieb von in USA und Deutschland längst verbotener gefährlicher BAYER-Pestizide in El Salvador.

Nicht-Antwort Dr. Schneider: Er könne keine Einzelheiten zur Situation in El Salvador nennen; eine Antwort werde schriftlich nachgereicht. Im Übrigen sei ASPIRINA INFANTIL gut verträglich. BAYER beschäftige in El Salvador 400 Menschen.

Dr. Joachim Dullin von der Aktionskonferenz Nordsee (AKN) sprach zu den Themen Chlorchemie und Vergiftung der Nordsee durch BAYER-Substanzen.

Nicht-Antwort Dr. Schneider: Dafür seien die Behörden und staatliche Vorschriften zuständig. Diese gewährten „optimalen Schutz“. Im Übrigen hätte das NRW-Umweltministerium im Gegensatz zu Dullins Einschätzung den Zustand des Rheins als gut bis zufriedenstellend bewertet.

Henry Matthews vom Dachverband der kritischen AktionärInnen stellte eine Reihe von Fragen zur Situation der Behindereten bei BAYER. Er forderte mehr behindertengerechte Arbeitsplätze.

Nicht-Antwort Dr. Schneider: Er räumte pauschal ein, daß die gesetzlich geforderte Quote für Schwerbehinderte nicht erfüllt werde, die Ausgleichszahlungen lägen bei 1,7 Mio. Mark.

Peter Vollmer von der Stiftung Menschwürde und Arbeitswelt (M & A) begründete die von der CBG eingereichte Änderung der Tagesordnung (siehe Seite 11).

Nicht-Antwort Dr. Schneider: Die Erweiterung der Tagesordnung sei unnötig, der COORDINATION gehe es gar nicht um eine ernsthafte Diskussion.

Siebo Janssen von amnesty international kritisierte das wirtschaftliche Engagement von BAYER in Ländern, in denen die Menschenrechte mit Füßen getreten werden. Als Beispiel führte er unter anderem Indonesien an.

Nicht-Antwort Dr. Schneider: Wirtschaftliche Zusammenarbeit fördere die Einführung von Demokratie und Menschenrechten.

Max Eberle forderte die Nicht-Entlastung von Vorstand und Aufsichtsrat.

Axel Köhler-Schnura (Vorstand CBG) sprach zu sozialen und anderen Problemen bei BAYER. Die hohen Gewinne seien auf dem Rücken der ArbeitnehmerInnen erzielt worden. Die sogenannten BAYER-Umweltberichte (und das erteilte Ökoaudit für den Standort Dormagen) seien das Papier nicht wert, auf dem sie geschrieben sind. Die AnwohnerInnen leben ständig in der Gefahr eines Super-Gaus, regelmäßige Unfälle und Katastrophen belegen dies. Er stellte zahlreiche Fragen zu Umweltschutz und sozialen Themen. Er betonte, daß einige dieser Fragen seit Jahren gestellt, aber nie beantwortet würden.

Nicht-Antwort Dr. Schneider: Er bewertete all diese Einschätzungen als "nicht zutreffend".

Gegen gefährliche Pestizide

(swb) In einem offenen Brief hat das Pestizid-Aktions-Netzwerk (PAN) den Vorstand des BAYER-Konzerns aufgefordert, giftige Pestizide vom Markt zu nehmen. Anlässlich der BAYER-Hauptversammlung fordert PAN den Chemie-Konzern auf, alle Produkte der WHO-Toxizitätsklasse I umgehend und weltweit vom Markt zu nehmen.

PAN berichtet über die Vertriebspraxis von FOLIDOLE 605 in Kambodscha, durch das unzählige Kleinbauern geschädigt werden. Das von der WHO als "extrem gefährlich" eingestufte Mittel wird gegen "Schädlinge" im Soja- und Gemüseanbau eingesetzt, ohne daß vorhergehende Aufklärungsmaßnahmen über die vorschriftsmäßige Anwendung stattfinden. Die Bauern bringen das Ackergift zum Teil barfuß und mit unbedecktem Oberkörper auf die Felder. Sie verwenden weder Schutzbrillen oder Masken noch Handschuhe. FOLIDOL kommt über Vietnam und Thailand nach Kambodscha. Die Etiketten der Originalverpackung sind in Thai oder Vietnamesisch verfaßt und damit für die Kambodschaner unverständlich. Auch die Händler können keine Angaben über die sachgerechte Handhabung machen. Die Bauern dosieren deshalb meist sehr willkürlich.

Die Situation steht im krassen Widerspruch zum internationalen Verhaltenskodex der FAO, zu dem sich auch der BAYER-Konzern bekannt hat. In Abschnitt 5.2.3 des FAO-Kodexes heißt es: "Auch wenn ein Überwachungssystem vorhanden ist, sollte die Industrie ... den Verkauf einstellen und die Mittel zurückrufen, wenn eine sichere Anwendung im Rahmen der Gebrauchsanleitung oder von Beschränkungen nicht möglich erscheint."

Melanie Willms (Vorstand CBG) geißelte das BAYER-Engagement in der Gentechnik. Die neue Technologie degradiere den Menschen

und stelle ein großes Problem für die Umwelt dar.

Nicht-Antwort Dr. Schneider auf die von Willms gestellten Fragen: Die Forschungen an dem Reaktor-Schaf (SWB berichtete) wurden eingestellt. In China sei keine Freisetzung genetisch veränderter Pflanzen geplant und in Japan würde an Mitteln zur Behandlung von Allergien geforscht. Zum gentechnisch hergestellten "Schnupfenmittel" könne er keine Angaben machen.

Philipp Mimkes (Geschäftsführer CBG) trug vor, daß BAYER 1995 heimlich den US-Amerikaner und ehemaligen IG FARBEN-Sklaven Hugo Princz entschädigt habe. Er fragte, weshalb BAYER die Entschädigung anderer IG FARBEN-Sklaven verweigere?

Nicht-Antwort Dr. Schneider: Der Fall Princz sei zwischen der amerikanischen und der deutschen Regierung geregelt worden, BAYER sei nicht beteiligt gewesen. (Zum Fall Princz vergleiche Schlaglicht in diesem Heft und umfangreiche Berichtserstattung in SWB, vgl. SWB-Sonderheft IG FARBEN 1995, SWB 4/95S. 8 ff. u. a.)

Uwe Friedrich (Vorstand CBG) stellte die Gefahren, die von BAYER-Pyrethroiden ausgehen, dar. Diese Nervengifte seien für tausendfache gesundheitliche Schäden verantwortlich. Friedrich forderte ein Produktionsverbot.

Nicht-Antwort Dr. Schneider: "Bei sachgemäßer Anwendung keine Gefahr."

Marc Pletzer (Vorstand CBG) erkundigte sich nach dem aktuellen Stand des Holzgiftprozesses (SWB berichtete mehrfach). Außerdem wollte er wissen, warum BAYER die Produktion von Chrom von Leverkusen nach Südafrika verlagert habe.

Nicht-Antwort Dr. Schneider: Zum Holzgiftprozeß keine Stellungnahme, da es sich um ein laufendes Verfahren handele. Die Verlagerung der Chromproduktion sei aus Kostengründen erfolgt.

Dicke Dividende

Während die KollegInnen in den BAYER-Werken um ihre Arbeitsplätze zittern, die Real-Löhne sinken, die Sozialleistungen fortlaufend gekürzt werden und in den letzten Jahren bereits Tausende auf die Straße gesetzt wurden, werden die Kapitalgeber mit einer dicken Dividende verwöhnt: Je Aktie à 50 DM werden 15 Mark ausgeschüttet. Das entspricht satten 30 % und sind 2 DM mehr als noch 1995 mit bereits stolzen 13 Mark. Möglich machen das die trotz aller Bilanztricks nicht mehr zu versteckenden Rekord-Gewinne, für die sich Bankenvertreter und Großaktionäre auch noch zynisch bei den von Lohnkürzung und Arbeitsplatzvernichtung bedrohten „Mitarbeitern bedanken“. Die Gewinne betragen 1995 offiziell 4,18 Mrd. Mark im Konzern vor Steuern, ein Plus von 27,1 % gegenüber dem Vorjahr. Im laufenden Jahr 1996 soll erneut zugelegt werden: Das Ergebnis vor Steuern soll noch einmal um 10 % klettern. Gleichzeitig sind weitere 1.700 Arbeitsplätze zur Vernichtung angekündigt.

Reiche Vorstände

Während die BAYER-Beschäftigten Reallohn einbußen hinnehmen müssen und um ihren Arbeitsplatz zittern, verdienen die Vorstandsmitglieder bestens. 10,4 Mio. DM gibt der Konzern für neun Spitzenposten aus, 1,155 Mio. DM durchschnittlich. Das Durchschnittsgehalt der etwa 150.000 deutschen Beschäftigten liegt dagegen bei 72.000 DM.

Forderungen

Die COORDINATION reichte anlässlich der Hauptversammlung 39 Gegenanträge ein und forderte, wie in den Jahren zuvor, erneut u. a.:

- Nichtentlastung von Vorstand und Aufsichtsrat
- Kürzung der Dividende von 15 auf 1 Mark
- Änderung der Satzung (siehe nebenstehender Kasten)
- Entschädigung aller Opfer der Konzernpolitik
- Schluß mit den Tierversuchen
- Keine Gentechnik
- Ausstieg aus der Chlorchemie
- Ökologischer Umbau des Unternehmens
- Erhalt aller Arbeitsplätze, Schaffung neuer Arbeitsplätze

Ökologische Satzung gefordert Schock für BAYER-Vorstand

(CBG) Zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland beantragten kritische AktionärInnen ökologisch orientierte Tagesordnungspunkte für eine Hauptversammlung. Zentrale Forderungen für eine "ökologische Satzung" sind der umweltgerechte Umbau des Chemiekonzerns, verbesserte Rechte für AktionärInnen, der Ausstieg aus der Gentechnik und die Zahlung von Entschädigungen an Opfer der Konzernpolitik (s. u.).

Um zusätzliche Tagesordnungspunkte zu beantragen, muß ein Aktionär mindestens 20.000 Aktien des jeweiligen Konzerns (als 9 DM 1.000.000,- bei Nennwert je Aktie von DM 50,-) vorweisen. Die kritischen BAYER-AktionärInnen erreichten über 25.000 Aktien und schossen damit sogar deutlich über das aktienrechtlich geforderte Maß hinaus.

BAYER hat die Tagesordnungserweiterung - wie vorgeschrieben - im Bundesanzeiger veröffentlicht. Folgende, von der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN eingereichten Punkte, wurden gestrichen (1.) bzw. gekürzt (2.) :

1. "Aufsichtsratssitzungen finden öffentlich statt."
2. "Die Hauptversammlung spricht dem Vorstand und dem Aufsichtsrat des BAYER-Konzerns nach § 119 des Aktiengesetzes das Mißtrauen aus, weil BAYER unter Blumern eine tragische AIDS-Epidemie verursacht hat und seiner diesbezüglichen Verantwortung nicht bzw. nur bedingt nachkommt." Zur weiteren (gekürzten) Begründung vgl. die Ausführungen auf den Seiten 22 ff. in diesem Heft.

[01 173]



Bayer AG
Leverkusen

Zur unserer

ordentlichen Hauptversammlung
am Donnerstag, den 25. April 1996.

hat die Coordination gegen BAYER-Gefahren e.V. im Vollmacht gemäß § 122 Abs. 2 AktG verlangt, folgende Gegenstände zur Beschlussfassung bekanntzumachen:

8. § 2 (2) der Satzung wird wie folgt ergänzt:
„Das Unternehmen anerkennt seine Verantwortung für alle Aktivitäten der I.G. Farbenindustrie AG und zahlt allen ehemaligen ZwangsarbeiterInnen und Häftlingen der I.G. Farbenindustrie AG eine lebenslange Rente in Höhe von 4000 DM monatlich.“
9. § 2 der Satzung wird wie folgt ergänzt:
„(3) Ziel der Unternehmensführung ist der Umweltschutz. Daher werden keine gesundheitsgefährdende und umweltschädigende Produkte vertrieben, sichere Produktionsmethoden gewählt, ein geringer Energieverbrauch angestrebt und Abfallmengen gering gehalten. Entstehender Abfall wird sicher entsorgt, eine Verschmutzung von Wasser, Luft und Boden darf nicht erfolgen.“
10. § 2 der Satzung wird wie folgt ergänzt:
„(4) Die Unternehmensführung verzichtet auf Technologien mit unabsehbaren Risiken. Daher verzichtet sie auf gentechnische Forschung und gentechnisch hergestellte Produkte.“
11. § 2 der Satzung wird wie folgt ergänzt:
„(5) Frauen werden gleichberechtigt an allen Entscheidungsprozessen beteiligt. Das Management, der Vorstand und der Aufsichtsrat werden paritätisch besetzt.“
12. § 2 der Satzung wird wie folgt ergänzt:
„(6) Alle Personen, die durch Produkte oder Produktionsmethoden des Unternehmens geschädigt werden, werden finanziell entschädigt. Hierfür wird ein Fonds gegründet, in dem die Unternehmen 25% des jährlichen Gewinns einlegt. Über die Vergabe von Entschädigungsgeldern entscheidet eine unabhängige Kommission, in die Vertreter von Parteien, Bürgerinitiativen, der Belegschaft und wissenschaftlichen Einrichtungen entsandt werden.“
13. § 2 der Satzung wird wie folgt ergänzt:
„(7) Das Unternehmen verzichtet auf die Durchführung von Tierversuchen.“

Bundesanzeiger

Nr. 59 — Seite 2406

Sonnabend, den 23. März 1996

14. § 13 der Satzung wird wie folgt ergänzt:
„(5) Eine Erweiterung der Tagesordnung kann von jedem Aktionär beantragt werden.“
15. § 15 der Satzung wird wie folgt ergänzt:
„(4) Das „Dopoststimmrecht“ ist bei den Wahlen im Rahmen der Hauptversammlung des Unternehmens nicht zulässig. Jede/r AktionärIn kann nur persönlich eigene Aktien in der Hauptversammlung vertreten. Insbesondere die Vertretung von Stimmrechten durch Banker ist ausgeschlossen. Bei den Wahlen sind nur solche Stimmen zu berücksichtigen, die von den Besitzern vertreten werden.“
16. § 17 der Satzung wird wie folgt ergänzt:
„(3) Die ordentliche Hauptversammlung findet jeweils an einem Samstag statt.“
17. § 19 der Satzung wird wie folgt geändert:
„Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen durch den Bundesanzeiger, die „Frankfurter Rundschau“, die „Tagesschau“ und „Stichwort BAYER.““
18. Die Satzung wird um folgenden § 20 ergänzt:
„§ 20 Mitteilung von Beschlussanträgen und Tagesordnungserweiterungen der AktionärInnen und Aktionäre nach § 122 des Aktiengesetzes
Beschlussanträge von AktionärInnen nach § 122 AktG sind im vollen Wortlaut bekanntzumachen. Der Vorstand darf den Sinn der Anträge nicht verfälschen und ohne Einvernehmen mit dem Antragsteller keine Kürzungen oder Änderungen des Wortlauts vornehmen. Begründungen zu Anträgen von AktionärInnen nach § 123 AktG sind in den Geschäftsblättern nach § 19 der Satzung bekanntzumachen und in den Mitteilungen an die AktionärInnen und Aktionäre nach § 125 AktG abgedruckt.“
19. Dem Vorstand wird das Mißtrauen ausgesprochen.

Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, bei diesen Gegenständen zur Beschlussfassung mit „Nein“ zu stimmen.

Leverkusen, den 20. März 1996

Der Vorstand der
Bayer Aktiengesellschaft:
Dr. Schneider Loehr

AKTION & KRITIK

Für eine bessere Zukunft

Die "Initiative bessere Zukunft" (IBZ) setzt sich mit Briefaktionen für Menschen-, Tier- und Umweltschutz ein. Initiator Bernhard Völk hat auch bereits so manchen Brief an den BAYER-Vorstand geschickt. Völk sucht noch MitstreiterInnen und SpenderInnen.

IBZ, B. Völk, St. Quirin Weg 8, 85464 Finsing, Tel. 08121/82124.

Verbot der IG FARBEN gefordert

Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) in Dortmund fordert von der Landesregierung Nordrhein-Westfalens die IG FARBEN, die in NRW mit dem Kauf von Grundstücken und Immobilien des sozialen Wohnungsbaus in Hilden, Wuppertal und anderen Orten über eine Tarnfirma aktiv wurden (STICHWORT BAYER berichtete), auf dem Boden dieses Bundeslandes zu verbieten. Artikel 27 der Landesverfassung würde dies möglich machen. "... Zusammenschlüsse, die ihre wirtschaftliche Macht mißbrauchen, sind zu verbieten", heißt es dort.

KAPITAL & ARBEIT

Pech für "AGFA-Jungens"

BAYER-Konzernchef Dr. Manfred Schneider ist mit dem Ergebnis der Fototochter AGFA unzufrieden. Schneider wörtlich: "Das Pech der AGFA-Jungens ist, daß sie bei uns sind. Da zählen 3 % (Rendite h.o.) nicht, wir fangen höher an zu rechnen."

Um die Rendite zu steigern, sollen weitere Arbeitsplätze vernichtet werden. 1995 wurden bei AGFA bereits über 3.000 Menschen rausgeschmissen.

Hermann-Strenger-Stiftung

BAYER hat 1989 zur Ehrung des ehemaligen Vorstands- und heutigen Aufsichtsratsvorsitzenden Hermann Josef Sprenger eine gleichnamige Stiftung zur Förderung internationaler Berufserfahrung speziell für junge Leute mit nichtakademischer Ausbildung gegründet. Die Stiftung wird über die Carl Duisberg Gesellschaft (CDG) abgewickelt. Die vermittelten Qualifizierungsmaßnahmen sind in der Regel mit einem Auslandsaufenthalt verbunden und sollen die Einsetzbarkeit der jungen Leute im Konzern verbessern.

Die Carl Duisberg Gesellschaft führt für die Industrie wichtige Qualifizierungsmaßnahmen durch, die mit Steuergeldern gefördert werden. Dies lehnt die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN ab.

In wieweit die Hermann Sprenger Stiftung staatlich unterstützt wird, ist nicht bekannt. Sie arbeitet auf jeden Fall nicht uneigennützig, sondern soll dazu beitragen, das Image des Konzerns zu verbessern.

Zu wenig Teilzeitstellen

In wirtschaftlich schlechten Zeiten, in denen wenig Arbeitskräfte gebraucht werden, sind Frauen die Verliererinnen. So auch bei BAYER. Frauen werden vom Konzern oft nur als stille Reserve angesehen, die bei Bedarf wieder aktiviert werden kann. In hochglänzenden Broschüren wirbt BAYER zwar für Teilzeitstellen, doch in der Praxis sieht es in vielen Bereichen düster aus. So wird betroffenen Frauen oft lediglich eine für sie ungeeignete Ganztagstelle angeboten. Wird diese nicht angenommen, verlieren die Frauen ihr Anrecht auf einen Arbeitsplatz. Glücklicherweise ist diejenige, die unter diesen Umständen für ihren verlorenen Job wenigstens noch ein paar Mark Abfindung herausholen kann. Allerdings steht die Abfindung in keinem Verhältnis zum Verlust des Arbeitsplatzes. Die "Kolleginnen und Kollegen für eine durchschaubare Betriebsratsarbeit" bei BAYER in Leverkusen schließen daraus, daß Teilzeitarbeitsplätze oft nicht erwünscht sind. Die "Durchschaubaren" fordern Teilzeitstellen in allen Berufen und gleiche Aufstiegsmöglichkeiten für Teilzeitkräfte. Wenn nach einigen Jahren die Teilzeitarbeit aus familiären Gründen nicht mehr erforderlich sei, müsse die Rückkehr auf einen Vollzeitarbeitsplatz ermöglicht werden.

Gleichberechtigung in allen Berufen

Als bei BAYER vor Jahren die ersten Frauen als Chemikantinnen ausgebildet wurden, war es vom Gesetzgeber noch verboten, sie im Schichtdienst zu beschäftigen. Mittlerweile haben BAYER und Co. dieses Verbot zu Fall gebracht. Heute müssen auch Frauen den gesundheitlich belastenden Wechsel-, Spät- und Nachtdienst in Kauf nehmen. Die "Kolleginnen und Kollegen für eine durchschaubare Betriebsratsarbeit" in Leverkusen kritisieren, daß die bei BAYER bestehenden Einrichtungen nicht auf Schichtarbeit ausgerichtet sind. Außerdem gäbe es nach wie vor immer noch viele Berufe, zu denen Frauen keinen Zugang haben. Die Zulassung von Frauen für den Beruf der Chemikantin ist auch nur deshalb ermöglicht worden, weil es in diesem Bereich einen akuten Arbeitsplatzmangel gibt. "Es darf nicht sein, daß eine weltweit agierende Firma wie die BAYER AG nicht in der Lage ist, weitere Berufe für Frauen zu öffnen", sagen die "Durchschaubaren".

Latex wird ausgegliedert

Die Latex-Produktion des Kunststoffgeschäftsbereiches von BAYER in Leverkusen soll ausgegliedert werden. Zusammen mit der HÜLS AG, Marl, wird eine GmbH gegründet, an der beide Unternehmen jeweils zur Hälfte beteiligt sind. Von der Auslagerung betroffen sind ca. 330 Kolleginnen. Der Vertrieb von Latex soll nach Marl verlagert werden. In wieweit andere Leverkusener Abteilungen betroffen sind, ist noch nicht klar. Die "Kolleginnen und Kollegen für eine durchschaubare Betriebsratsarbeit" weisen darauf hin, daß die betroffenen ArbeitnehmerInnen der Überführung in die neue GmbH zwar widersprechen können, daß aber im Falle des Widerspruchs die Kündigung drohe, da bei BAYER keine freien Stellen mehr zur Verfügung stehen. Ein Kollege kommentierte: "Das ist ja fast wie ein Rauschmiß!"

Die "Durchschaubaren" fordern: "Trotz des Betriebsüberganges müssen die Kolleginnen mindestens dieselben Rechte haben wie die Beschäftigten der BAYER AG und diese auch dauerhaft behalten. Schluß mit den Ausgliederungen!"

In den vergangenen Monaten wurden bei BAYER bereits die Bereiche Fasern und Textilfarben ausgegliedert (SWB berichtete).

Viele Chefs sind neurotisch

"Macht macht krank". Zu diesem Ergebnis kommen die Psychologen Jürgen Hesse und Hans Dietrich Schrade. 60 % aller Chefs litten an Neurosen, berichten sie. Knapp 20 % tyrannisierten ihre Belegschaft mit einem "autoritär-instabilen" Führungsstil, 16 % überspielten Schwächen mit einer "Führung nach Gutsherrenart".

Machtstreben, so die Psychologen, sei häufig die Folge einer als Kind erlebten Minderwertigkeit. Und die Untergebenen bekämen dies leidvoll zu spüren. Viele Chefs seien von depressiven Verstimmungen, ausgeprägtem Suchtverhalten, Impotenz und Aggressivität geplagt. Schließlich: Die Neurose schlägt sich auch auf die Firmenbilanz nieder. Psychisch gestörte Manager sind deutlich weniger erfolgreich.

AGFA-KollegInnen gegen Samstagsarbeit

Die Kolleginnen der Laborgeräteentwicklung bei der BAYER-Tochter AGFA sind sauer. Die Unternehmensleitung will bis zu 40 Stunden Mehrarbeit und Samstagsarbeit einführen. Über dieses mitbestimmungspflichtige Ansinnen wurde nicht einmal der Betriebsrat informiert geschweige denn gefragt. Der Grund für die Mehrarbeit ist ein neues Filmsystem, für das neue Laborgeräte nötig sind. Die AGFA-KollegInnen brachten in mehreren Betriebsversammlungen ihre Verärgerung zum Ausdruck, mit dem Erfolg, daß Überstunden auf 25 pro Monat (schlimm genug) begrenzt werden und Samstagsarbeit nicht zum Zwang wird.

Ideenpool bringt Profit

Der BAYER-Konzern hat 1995 ca. 5,15 Mio. DM an findige MitarbeiterInnen ausgeschüttet. Damit werden Verbesserungsvorschläge aus der Belegschaft belohnt, die zu jährlichen Einsparungen von rund 12,6 Mio. DM führen. Die Gegen-

Überstellung dieser zwei Zahlen zeigt bereits, daß BAYER gute Ideen zum eigenen Vorteil ausbeutet.

Lohnverzicht für nichts

Die arbeitgeberfreundliche IG CHEMIE hat wieder einmal dazu beigetragen, tarifpolitische Rückschritte zu zementieren. Ende März 1996 stimmte sie einem Tarifabschluß zu, der eine Lohnerhöhung von nur 2 % vorsieht. Rechnet man die Inflationsrate dagegen, bedeutet dies unterm Strich Einkommensverluste für die gesamte Branche. Ein derartiger Pilotabschluß ist in der Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung einmalig.

Schon der letzte Tarifvertrag zwischen Bundesarbeitgeberverband Chemie (BAVC) und IG CHEMIE war in die Schußlinie geraten, weil er erstmals in der Nachkriegsgeschichte untertarifliche Einstiegsgehälter für Langzeitarbeitslose vereinbart hatte, eine Regelung, die nach Meinung vieler ExpertInnen bisher keinen zusätzlichen Arbeitsplatz geschaffen hat.

Auch das jetzt unterzeichnete Lohn-Dumping-Modell, das eine Laufzeit von 12 Monaten hat, wird, so meinen viele, keine Arbeitsplätze retten. Während die Mini-Lohnerhöhung für die Arbeitnehmer fest vereinbart wurde, bleibt die Ankündigung der Arbeitgeber, im Gegenzug 25.000 neue Jobs zu schaffen (s. u.), nichts als eine pure Absichtserklärung. Und was davon zu halten ist, zeigt nicht zuletzt das Beispiel BAYER. Hier wurden in der vergangenen Zeit trotz gigantisch gesteigener Gewinne Zehntausende auf die Straße gesetzt. Doch damit nicht genug: Selbst nach Abschluß des neuen Tarifvertrages wird Vorstandschef Manfred Schneider nicht müde, zu betonen, daß auch in diesem Jahr weitere 1.700 Beschäftigte in Deutschland auf die Straße gesetzt werden müssen. Der unter der schön klingenden Maxime "Bündnis für Arbeit" abgeschlossene Tarifvertrag ist nicht nur eine Katastrophe für die Chemie-KollegInnen. Schon eifern die IG METALL und andere Branchen dem "Modell" nach und haben teilweise bereits ähnliche Verträge unterschrieben. Damit ist den Chemie-Arbeitgebern im Verbund mit der servilen IG CHEMIE wieder einmal die tarifpolitische Führerschaft im Rollback bewährt, gewerkschaftlich hart erkämpfter Positionen gelungen.

Neue Jobs durch Arbeitsplatzvernichtung

Die Öffentlichkeit hat die Ankündigung der chemischen Industrie, im Gegenzug für den von der Gewerkschaft akzeptierten Reallohnabbau 25.000 neue Stellen zu schaffen, „völlig falsch verstanden“. Das BAYER-Vorstandsmitglied Klaus Kleine-Weischede, zugleich Präsident des Bundesarbeitgeberverbandes Chemie, stellte klar: Nicht neue Stellen werden geschaffen, weitere Arbeitsplätze werden vernichtet. Bei den von BAYER geplanten Entlassungen von 1.700 KollegInnen in diesem Jahr werde es auf jeden Fall bleiben. "Der geplante Stellenabbau wird aber vor dem 1. Juni 1996 abgewickelt. Danach wird die BAYER AG in der Laufzeit des Tarifvertrages bis März 1997 keine Stellen mehr streichen." Welch ein Trost!

Kleine-Weischede meint weiter, die Schaffung neuer Arbeitsplätze "ist wohl ein Mißverständnis. Vereinbart ist, daß es 25.000 Neueinstellungen geben soll, auch als Ersatz für ausscheidende Mitarbeiter." Die IG CHEMIE hat sich ihren Verzicht auf angemessene Lohnerhöhungen also im Gegenzug für fluktuationsbedingt ohnehin notwendige Neueinstellungen abkaufen lassen.

Die Beschäftigten bei BAYER sind wütend. "Der Tarifvertrag ist das Papier nicht wert, auf dem er geschrieben ist", sagt ein Mitarbeiter gegenüber STICHWORT BAYER. Kleine-Weischede bestätigt ebenfalls den Klopapier-Charakter des "Jahrhundertabschlusses": "Der Stopp des Personalabbaus gilt auch nicht für jede einzelne Firma, sondern für die Branche. Es kann sein, daß das eine oder andere noch Arbeitsplätze streicht. ..." Und er kündigt bereits neue Forderungen an: "Wir stehen im harten Wettbewerb und können nur mithalten, wenn jemand, der im Lager, in der Logistik, im Transport arbeitet, bei einem Chemiekonzern ähnlich bezahlt wird wie in einer anderen Branche bei gleicher Leistung. Ein niedrigerer Tarif für die Dienstleistungsbereiche in der Chemie wäre

wünschenswert." Bleibt abzuwarten, ob die IG CHEMIE auch diesem Begehren noch zustimmen wird. Auf jeden Fall gibt sie sich heute bereits schon der Lächerlichkeit preis, wenn Kleine-Weischede nach Abschluß des Tarifvertrages ungeniert auf die Frage, ob die geplante Produktivitätssteigerung im Bereich der Chemie durch Personalabbau erreicht werden soll, sagen darf: "Auszuschließen ist das nicht."

POLITIK & EINFLUSS

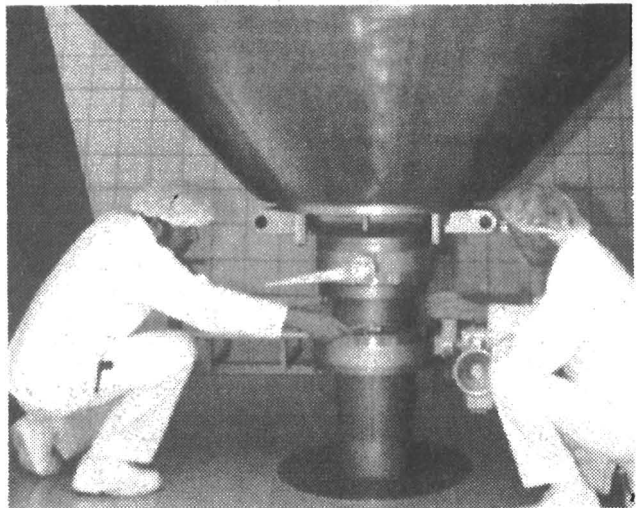
China boomt: Schneider eröffnet Werk

Der Hinweis auf die Verletzung der Menschenrechte hätte nur gestört. Also verzichtete BAYER-Chef Manfred Schneider darauf, als er im März 1996 anlässlich der Grundsteinlegung eines neuen Joint Ventures in Peking verkündete, daß sich der BAYER Umsatz in China in den nächsten zehn Jahren auf 1,5 Milliarden Mark verdoppeln werde. Allein 1996 soll er um 20 bis 25 Prozent steigen. Seine Gewinn-Visionen läßt sich BAYER-Schneider doch nicht durch politische Horror-Urteile und Regierungsmorde vermiesen.

Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN fordert die Einstellung der Geschäftsbeziehungen zu allen Staaten, in denen die Menschenrechte mißachtet werden.

Rexrodt in Japan

Bundeswirtschaftsminister Günther Rexrodt war im Februar auf Japan-Tour. Dabei besuchte er auch das BAYER-Forschungszentrum in Kansai.



Merkel vergibt Krankenhauspreis

Seit 1994 vergibt BAYER den "Preis für das umweltbewußte Krankenhaus" als imagefördernde Reaktion auf die massive Kritik an einem Ressourcen verschwendenden und Umwelt verschmutzenden Klinikalltag. Damit soll einer Bewegung des Klinikpersonals die Spitze gebrochen werden, die umweltfeindliche Technologien und Chemikalien im Klinikalltag sowie deren Hersteller kritisiert und nach Alternativen sucht. Für die Verleihung des BAYER-Krankenhauspreises, der mit 50.000 Mark ausgestattet ist, hat 1996 Bundesumweltministerin Dr. Angela Merkel die Schirmherrschaft übernommen. Frau Merkel ist sich nicht zu dumm, für die BAYER-Propaganda-Abteilung die Glücksfee zu spielen. Das ist knallharte Umweltschutzarbeit des Ministeriums im Interesse der Konzerne gegen die Basisbewegung.

Öko-Audit: Merkel will Umweltauflagen senken

Die Öko-Audit-Verordnung der Europäischen Union soll, wie BAYER-Vorstandsmitglied Dieter Becher fordert, dazu führen, daß Behörden und Politiker zukünftige Vereinfachungen im Bereich von Überwachungspflichten und Genehmigungsverfahren beschließen werden. Wie berichtet, hat BAYER aus Anlaß der Zertifizierung des Dormagener Werkes erneut einen Vorstoß unternommen, die geltenden Umweltrichtlinien

aufzuweichen. Diesem Ansinnen trägt nun Bundes-Industrie-Umweltministerin und BAYER-Glücksfee (siehe vorstehender Artikel) Angela Merkel eifertig Rechnung. "Die Harmonisierung des deutschen Umweltrechts entspricht dem Wunsch nach Deregulierung und 'schlankem Staat'. Damit wird auch die Eigenverantwortung von Wirtschaft, Umweltverbänden und Bürgern gestärkt", erklärte die Ministerin. Letzteres jedoch ist nicht der Fall. Wie die vom Bundeskabinett Anfang des Jahres beschlossenen sogenannten Beschleunigungsgesetze beweisen (SWB berichtete), soll die Beteiligung von AnwohnerInnen und Umweltverbänden künftig extrem eingeschränkt werden.

Bonn plant Industrie-Umweltrecht

Im nächsten Jahr soll ein neues Umweltrecht verabschiedet werden, das unter Vorsitz von Prof. Horst Sander, ehemaliger Präsident des Bundesverwaltungsgerichts, erarbeitet wird. Auf daß dieser auch ja die Interessen der Industrie beachtet, hat die Wirtschaft eigene sogenannte Experten in die Sachverständigenkommission entsandt, die einen entscheidenden Einfluß auf den Gesetzesentwurf nehmen.

Kritik an BAYER-Öko-Audit

Das Öko-Institut e.V. kritisiert die Umwelterklärungen von BAYER und anderen Chemieunternehmen im Rahmen der Öko-Audit-Verordnung. Die Wissenschaftlerin Brigitte Peter hat ein Bewertungssystem für Umwelterklärungen entwickelt, das sie u. a. auch auf die BAYER-Angaben angewandt hat. Peter kritisiert, daß wichtige Umweltkennzahlen und Immissions-Angaben fehlen. "Die Qualität der Erklärungen rechtfertigt bisher nicht, mit ihrer Hilfe Genehmigungsverfahren zu vereinfachen", wandte sich Peter gegen entsprechende Pläne von Bundesumweltministerin Angela Merkel. Das Umweltministerium beabsichtigt, Angaben der Unternehmen z. B. zur Betriebsorganisation, die sie beim Öko-Audit darlegen, bei der Genehmigung neuer Anlagen zu berücksichtigen. Die dazu nötigen Gesetzesentwürfe hat das Bundeskabinett bereits gebilligt. Öko-Institut-Wissenschaftlerin Brigitte Peter bezweifelt zudem, daß das neue Regelwerk den EU-Verordnungen entspricht.



Kotau der SPD (1)

NRW-Wirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD) verkündete: "Ein Ausstieg (aus der Chlorchemie) wäre nicht der Anfang einer neuen umweltfreundlicheren Chemie, sondern aller Voraussicht nach das Ende der Großchemie in Nordrhein-Westfalen." Die Enquete-Kommission "Schutz des Menschen und der Umwelt" des Bundestages habe keine ökologischen und gesundheitlichen Risiken festgestellt, die Eingriffe in die chemische Produktion rechtfertigen würden. Seltsamer Zufall: Diese Erkenntnis verkündete der frischgebackene SPD-Minister just nach seinem Antrittsbesuchen bei BAYER.

Kotau der SPD (2)

Für die "Klagen der chemischen Industrie" hat neben der Bundesregierung, auch die SPD immer ein offenes Ohr und macht sie zu eigenen Forderungen. So erklärte Niedersächsischer Wirtschaftsminister Peter Fischer in einem Interview: "Die Massenarbeitslosigkeit verursacht hohe Sozialkosten. Dazu kommen die vielfach diskutierten Standortnachteile, die eine positive Entwicklung hemmen, ein leistungsfeindliches Steuersystem, zu hohe Aufwendungen für Bürokratie, zu kurze Maschinenlaufzeiten und zu lange Genehmigungsverfahren." Heilige Kühe gibt es für die SPD offenbar nicht mehr. Zur Schlachtung des arbeitsfreien Wocherendes schloß Fischer sich dem ehemaligen IG-CHEMIE-Chef und Rechtsaußen, Heermann Rappe an: Wenn es zur Beschäftigungssicherung

erforderlich sei auch samstags oder sieben Tage in der Woche zu arbeiten, dürfe es keine Tabus geben.

IG FARBEN & HEUTE

Fall Princz: Bundesregierung schweigt

Zwei Bundestagsabgeordnete der PDS haben Ende des vergangenen Jahres eine Kleine Anfrage an die Bundesregierung zur Entschädigung des US-amerikanischen Bürgers Hugo Princz gerichtet. Wie mehrfach berichtet, mußte Princz für verschiedene deutsche Konzerne, darunter BAYER, während des Nationalsozialismus Zwangsarbeit leisten und hatte bislang keine Entschädigung dafür erhalten. Am 19. September 1995 schloß die Bundesregierung eine Übereinkunft mit der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika, wonach Princz zusammen mit zehn weiteren Holocaust-Überlebenden 2,1 Mio. US-Dollar bezahlt wurden. Nachfolgend dokumentieren wir Teile aus der Antwort der Bundesregierung vom 4. 12. 1995:

"1. Hat die Bundesregierung die Vereinbarung über die Entschädigungszahlungen direkt mit den Betroffenen abgeschlossen?

Nein. Bei dem deutsch-amerikanischen Wiedergutmachungsabkommen vom 19. September 1995 handelt es sich um ein Regierungsabkommen zur Regelung bestimmter, noch offener Wiedergutmachungsfragen, die sich an die Regelungen früherer vergleichbarer Abkommen mit westeuropäischen Staaten anlehnt, die in den sechziger Jahren geschlossen wurden. ...

2. Trifft die Formulierung in der US-Presse zu, wonach an Mr. Princz "der größte Teil" der gesamten Summe von 2,1 Mio. Dollar geht?

Die Verteilung von der Bundesregierung bereitgestellten Mittel für die in Betracht kommenden Einzelfälle ist - wie bei allen bisher abgeschlossenen sonstigen Globalabkommen - in das Ermessen der US-Regierung gestellt. Die Namen der begünstigten Personen, die Zahl der Berechtigten und die Höhe ihrer Entschädigung werden bei derartigen Globalentscheidungsabkommen - auch aus datenschutzrechtlichen Gründen - stets vertraulich behandelt. ...

4. Welche vier deutsche Firmen waren nach Kenntnis der Bundesregierung bereit, an Herrn Princz eine zusätzliche Entschädigungssumme dafür zu zahlen, daß diese ihn in der NS-Zeit als Zwangsarbeiter eingesetzt hatten?

Der Bundesregierung ist bekannt, daß die Anwälte von Herrn Princz auch Gespräche mit deutschen Firmen geführt haben, die von Herrn Princz vor einem amerikanischen Gericht wegen Zwangsarbeit auf Schadensersatz verklagt worden sind. Die Bundesregierung kann nur zu den von ihr selbst veranlaßten Maßnahmen Auskunft geben. ...

6. Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus dem Verhalten von deutschen Unternehmen, die sich bisher grundsätzlich geweigert hatten, für ehemalige Zwangsarbeiter und -arbeiterinnen individuelle Zahlungen zu leisten?

Es gibt keine Rechtsgrundlage, nach der die Bundesregierung die Unternehmen zu Entschädigung von Zwangsarbeitern und Zwangsarbeiterinnen anhalten kann."

Die Antwort der Bundesregierung verdeutlicht erneut, daß erstens BAYER und andere Konzerne nicht, bzw. nicht ausreichend zur Rechenschaft gezogen worden sind und die Bundesregierung bemüht ist, die Interessen der Unternehmen zu wahren. Dieser Eindruck hatte sich bereits in den über Jahrzehnte hingezogenen Verhandlungen manifestiert, in denen sich die Bundesregierung schließlich dafür eingesetzt hatte, daß die Klage gegen BAYER und die anderen Konzerne vom zuständigen US-Gericht fallengelassen wird, und statt dessen gegen die Bundesrepublik Deutschland selbst erhoben wird. Weiterhin verdeutlicht diese Antwort, daß BAYER und andere Konzerne sehr wohl in die Entschädigungsverhandlungen direkt einbezogen waren, auch wenn BAYER dies leugnet.

Die COORDINATION! GEGEN BAYER-GEFÄHREN fordert die umfassende Entschädigung aller ZwangsarbeiterInnen, insbesondere auch der in Osteuropa lebenden, die bisher kaum oder gar nicht bedacht wurden, durch die Konzerne.

Die Hitler-Macher

In welchem Umfang hat BAYER die Nazis und Hitler finanziert? In wie weit haben die IG FARBEN - der Zusammenschluß von BAYER, HOECHST und BASF zum damals größten Wirtschaftsimperium der Welt - die Nazi-Diktatur finanziell und politisch in den Sattel gehoben? Welchen Anteil hatte Carl Duesberg daran? Die Antworten auf diese Fragen sind noch heute nicht völlig klar. Die betroffenen Konzerne halten die Dokumente in ihren Archiven unter Verschuß, klare Auskünfte werden verweigert, entsprechende Feststellungen werden als "Beleidigung", "Diffamierung", "haltlos" usw. zurückgewiesen. Nun hat sich ein neuer Zeuge zu Wort gemeldet: Karl-Eduard von Schnitzler. Er ist Sproß einer Familienbank in Köln und mit drei Hauptakteuren verwandt, die seinerzeit das Scharnier zwischen dem zur Macht strebenden Hitler und der fest im Sattel der Macht sitzenden IG FARBEN bzw. BAYER/Leverkusen bildeten. Es handelt sich um:

- Richard von Schnitzler, einen Onkel von Karl-Eduard von Schnitzler, I. H. Stein-Bank/Köln, Aufsichtsratsmitglied der IG FARBEN;

- Georg von Schnitzler, Vetter von Karl-Eduard von Schnitzler, Verkaufsdirektor der IG FARBEN;

- Kurt Freiherr von Schröder, ein weiterer Vetter von Karl-Eduard von Schnitzler, Direktor der I.H. Stein-Bank/Köln, Schwiegersohn des Richard von Schnitzler

Im Zentrum des verhängnisvollen Geschehens steht die Familienbank I.H. Stein/Köln. Über diese Bank schreibt Kurt Gossweiler in seinem Buch "Sturz ins Dritte Reich": "Das Bankhaus I.H. Stein war bereits 1921 ... mit den beiden tragenden Säulen des deutschen Imperialismus, der Ruhrschwerindustrie und der chemischen Industrie aufs engste verbunden". Direktor der Bank war der oben erwähnte Kurt Freiherr von Schröder, der Schwiegersohn des ebenfalls erwähnten Richard von Schnitzlers. Die Bank war nicht nur eine der Hausbanken von BAYER und der IG FARBEN, sondern saß bei dieser auch im Aufsichtsrat. Vertreten durch Heinrich von Stein und Richard von Schnitzler, Schröders Schwiegervater. Nun war eben dieser Direktor Kurt Freiherr von Schröder eben dieser Hausbank von BAYER und der IG FARBEN der Erfinder der Idee, für jede Tonne geförderter Ruhrkohle fünf Reichspfennige an die faschistische Harzburger Front zu zahlen. Damit wurde noch lange vor den üblichen direkten Industriespenden an die NSDAP Hitler direkt finanziert, denn der stärkste Partner der Harzburger Front war Hitlers NSDAP.

Es war aber auch eben dieser Direktor Schröder, dessen Bank im Aufsichtsrat von BAYER und der IG FARBEN saß, der höchstpersönlich das alles entscheidende Treffen zwischen Hitler und der deutschen Industrie organisierte. Er machte es möglich, daß Hitler seine faschistischen Großmachtpläne einem handverlesenen Kreis von Generaldirektoren deutscher Banken und Konzerne im Düsseldorfer Industrieclub vortragen durfte. Bekanntlich kam es nach dieser Rede vor den Industriellen zu stehenden Ovationen. Die IG FARBEN zeichnete daraufhin die größte Einzelspende direkt an die Hitler-Partei.

DRUGS & PILLS

Apothekenketten für mehr Umsatz?

Noch ist in Deutschland verboten, was in anderen Ländern längst erlaubt ist, die Einrichtung von Apothekenketten. Doch die Pharmaindustrie übt Druck auf den Gesetzgeber aus, weil Filialisten einfacher zu beeinflussen sind und die Absatzchancen für rezeptfreie Mittel steigen würden. Während in Deutschland etwa 90 % der in Apotheken verkauften Mittel verschrieben werden müssen und nur 10 % frei erhältlich sind, ist es in den USA genau umgekehrt.

1995 wurde in Deutschland mit rezeptfreien Mitteln insgesamt 7,6 Mrd. Mark umgesetzt, ein Plus von 13 %. Der BAYER-Konzern ist mit ASPIRIN und anderen starken Marken in diesem Marktsegment dominierend.

Natur heilt ... BAYER-Kassen

BAYER hat unter dem Namen REMOTIV ein neues Antidepressivum auf der Grundlage von Johanniskraut auf den Markt gebracht. Wie viele traditionelle Hausmittel wird auch

Johanniskraut von vielen Menschen selbstbestimmt angewendet. In diesem Bereich der Selbstmedikation sind die Pharma-Konzerne noch außen vor. Das soll jetzt anders werden: Das neue BAYER-Medikament, das gewiß nicht nur reines Johanniskraut enthalten wird, tritt in Konkurrenz zu einem traditionellen Hausmittel und versucht unter dem Schlagwort "Natur" den BAYER-Umsatz zu mehren.

Seehofer gegen Re-Importe

Der Kollege von Bundes-Industrie-Umweltministerin Merkel, Bundes-Industrie-Gesundheitsminister Horst Seehofer (CSU), erledigt wieder einmal das Geschäft von BAYER und anderer Pharma-Konzerne. Er will den § 129 des 5. Sozialgesetzbuches ändern, der Apotheken verpflichtet, bei Verkäufen auf Rezept die preisgünstigste Version eines Medikamentes abzugeben. Diese Änderung zielt gegen billige Re-Importe von Original-Arzneimitteln aus Ländern mit niedrigem Preisniveau, durch die die Krankenkassen jährlich 70 bis 100 Mio. DM einsparen. Der BAYER-Konzern hatte in der Vergangenheit versucht, auf gerichtlichem Wege Re-Importe zu verbieten zu lassen. Dies war nicht gelungen. Nun hat der Verband der forschenden Arzneimittelhersteller (VfA), in dem das BAYER-Vorstandsmitglied Walter Wenninger den Vorsitz inne hat, einen neuen Vorstoß unternommen. Der VfA brandmarkt den bisherigen § 129 als einseitige Förderung der Re-Importe. Seehofer hat sich daraufhin bereit erklärt, den Spar-Paragrafen zu überprüfen. Selbst Rudolf Dreßler, Sozialexperte der SPD, hat angekündigt, er wolle den jetzigen 129 zu Fall bringen. Und BAYER reibt sich die Hände.

Akquisitionen: BAYER will weiter schlucken

Die BAYER-Pharma-Branche ist auf Expansion aus. Vorstandschef Dr. Manfred Schneider: "Für eine Großakquisition wären wir durchaus gewappnet. So um die fünfzehn Milliarden Mark könnten wir sofort locker machen." Damit soll sich dann auch die Rendite erhöhen. Schneider: "Wir richten unsere Aufmerksamkeit auf US-Firmen wie PFIZER & MERCK, auf die schweizer Konkurrenten und die britischen Hersteller CENIECA und GLAXO. Die erwirtschaften wesentlich höhere Renditen, bis zu 30 %. Da müssen wir auch hin."

Gefährliche Medikamente für Kinder bleiben auf dem Markt

Der BAYER-Konzern will trotz umfangreicher Kritik zwei gefährliche Arzneimittel für Kinder auf den Märkten der sogenannten Dritten Welt belassen. Wie berichtet, bedrohen die Präparate (BAYERS TONIC und ASPIRINA INFANTIL bzw. PARANINOS) die Gesundheit und das Leben der kleinen PatientInnen.

BAYERS TONIC, das vornehmlich in Indien vermarktet wird, ist eine obskure Mischung aus Leberextrakten, Hefe und Alkohol, die als "Stärkungsmittel" angepriesen werden. Zwar teilte BAYER nach umfangreicher Kritik mit, der Alkoholzusatz solle künftig unterbleiben und der Warnhinweis "Keep out of reach of children" werde angebracht. Dennoch kann BAYERS TONIC indirekt den Tod von Kindern herbeiführen. Die Werbung verleitet viele Eltern dazu, das für viele unerschwinglich teure Mittel zu verabreichen, statt, wie es sinnvoll wäre, einen Arzt aufzusuchen. Dadurch werden oft alle finanziellen Kapazitäten ausgeschöpft, und eine sinnvolle Behandlung sowie der Kauf von Obst und Gemüse unterbleiben.

Auch ASPIRINA INFANTIL kann Gesundheit und Leben von Kindern gefährden. Seit über zehn Jahren nämlich ist bekannt, daß der Wirkstoff bei Kindern, die an einer Viruserkrankung leiden, das lebensbedrohliche Reye-Syndrom (Gehirnleiden in Kombination mit einer Leberdegeneration) auslösen kann. Da jedoch gerade Fieber zumeist durch Virusinfektionen verursacht wird und ASPIRINA INFANTIL zur Senkung von hohen Temperaturen angewendet wird, ist es für Kinder extrem gefährlich. Dies führte dazu, daß BAYER in Deutschland das vergleichbare Mittel ASPIRIN JUNIOR vor Jahren bereits vom Markt genommen hat. Dieses jedoch gedenkt der Konzern in den Ländern der sogenannten Dritten Welt nicht zu tun. Ein ursächlicher Zusammenhang zwischen ASPIRIN und dem Reye-Syndrom habe bisher noch nicht nachgewiesen werden können, heißt es. Dennoch wolle sich der Pharma-Multi dazu

durchringen, einen Warnhinweis in den Packungsbeilagen (die es häufig gar nicht gibt) oder als Packungsaufdruck weltweit bei allen ASPIRIN-Produkten anzubringen. Allerdings beziehe sich der Reye-Syndrom-Vermerk nur auf die Indikation "Fieber bei Kindern" und nicht auf die "sinnvolle Anwendung" von ASPIRIN als Schmerzmittel für Kinder.

Der Arzt Dr. Matthias Bantz will für den Fall, daß BAYER auf die "voll berechtigten" Forderungen nicht eingeht, zu einem Boykott von BAYER aufrufen. Da es sich bei BAYERs TONIC und ASPIRINA INFANTIL um "irrationale oder gefährliche Medikamente für Kinder" handelt, rechnet Bantz mit einem starken Engagement innerhalb der Kollengenschaft.

Profit durch neue Pillen

Der BAYER-Konzern verspricht sich von neuen Medikamenten künftig zusätzliche Umsätze in Milliarden-Höhe. Das Umsatzpotential der bis zum Jahr 2001 zu erwartenden neuen Arzneimittel liege für BAYER bei über 3 Milliarden DM, sagte Konzernchef Manfred Schneider.

BAYER droht mit Direktbelieferung

Für den Fall, daß das sogenannte Substitutionsrecht für Arzneimittel eingeführt wird, droht der BAYER-Konzern die Apotheken unter Umgehung der Großhändler direkt zu beliefern. Das Substitutionsrecht würde es den Großhändlern, die mit nur drei Firmen 50 % des Marktes beherrschen, erlauben, durch gezielte Rabattvereinbarungen das Sortiment der Apotheken entscheidend mitzubestimmen. Dadurch könnten sich die Absatzchancen für preiswertere Generica-Produkte, die unter der Regie der Großhändler von eigenen Firmen hergestellt werden, erheblich verbessern. Dies liefe den Interessen von BAYER und anderen großen Pharmakonzernen zuwider. Für den Bereich der nicht verschreibungspflichtigen Arzneimittel (ASPIRIN usw.) hat BAYER seit geraumer Zeit schon den Großhandel ausgeschaltet und beliefert mit Hilfe eines neuen Distributionszentrums in Leverkusen die Apotheken direkt. Für den Bereich der verschreibungspflichtigen Präparate wäre ein ähnliches Verfahren mit großem Aufwand verbunden, da die Apotheken auf Grund der ungeheuren Vielfalt hier keine großen Lagermengen vorhalten können und der Gesetzgeber eine Lieferpflicht innerhalb weniger Stunden vorschreibt.

ADALAT doch nicht gefährlich?

Noch im August 1995 warnen die US-Gesundheitsbehörden vor der Einnahme des BAYER-Kassenschlagers ADALAT und anderer kurzwirkender sog. Kalziumantagonisten. Eine Studie, die eine erhöhte Sterberate bei PatientInnen, die Medikamente dieser Wirkstoffgruppe einnahmen, zutage förderte, hatte international für riesiges Aufsehen gesorgt (SWB berichtete). Nun soll die ganze Aufregung umsonst gewesen sein. Ein Ausschuß der amerikanischen Arzneimittelbehörde FDA hat unlängst die Empfehlung ausgesprochen, ADALAT und andere Kalziumantagonisten wie bisher einzusetzen. Der Ausschuß war mit "hochrangigen Experten" besetzt, heißt es, darunter auch Abgesandte von BAYER. Auf die Frage des kritischen Aktionärs Hubert Ostendorf auf der BAYER-Hauptversammlung am 25.04.96 in Köln, ob dies zutrifft, verweigerte Vorstandschef Dr. Manfred Schneider die Antwort. Ausschlaggebend für die Entscheidung der FDA-Kommission, ADALAT führe nun doch nicht zum vermehrten Herztod, waren jedenfalls Angaben von BAYER, dem weltweit größten Hersteller des inkriminierten Wirkstoffes Nifedipin. Der Konzern stellte hauseigene (geschönte?) Daten von über 90.000 PatientInnen, die weltweit an Nifedipin-Studien teilgenommen haben, zur Verfügung. Letzte Sicherheit solle eine neue sog. "Insight-Studie" bringen, bei der 6.000 Menschen alternativ mit Nifedipin und anderen (bewährten) Substanzen behandelt werden. Glaubt man den Ergebnissen des ADALAT-Kritikers Prof. Bruce Psaty (und was, außer den BAYER-Angaben spräche dagegen) müßten die 6.000 Versuchspersonen (und die Millionen PatientInnen, die weltweit nach wie vor mit ADALAT behandelt werden) nun ein 60 % höheres Risiko haben, dem Herztod zu erliegen. Fazit: Um den Absatz von ADALAT nicht zu gefährden, scheint jedes Mittel recht.

Platz 12 nach Marktanteilen

Der BAYER-Konzern belegt in der Hitliste der größten Pharmakonzerne nach Marktanteilen Platz 12. Der Leverkusener Chemiemulti hatte 1995 rund 2,1 % Marktanteil vom Weltmarktvolumen von etwa 205 Mrd. US-Dollar. Auf dem ersten Platz liegt GLAXO WELLCOME (4,7 %).

GENE & KLONE

"Erleichterungen" für die Gentechnik

Das Bundes-Industrie-Kabinett hat auf Druck von BAYER und der chemischen Industrie Regelungen zur Erleichterung der Arbeit mit gentechnisch veränderten Organismen beschlossen. Die Minister billigten vier Änderungsverordnungen. Unter anderem wurden die Antragsformalitäten für gentechnische Anlagen und für die Freisetzung gentechnisch manipulierter Organismen "gestrafft". Meldungen, daß die Ministerrunde mit den Klonen der ursprünglichen AmtsinhaberInnen besetzt war, ließen sich bis zum Redaktionsschluß weder bestätigen noch widerrufen.

Bioethik-Konvention degradiert Menschen

Der aktuelle Entwurf der Bioethik-Konvention der Europäischen Union setzt die Kritik an der 1994 zu Fall gebrachten Version nicht annähernd um. Wieder erst mußte die Geheimhaltung des verantwortlichen "Steering Committee on Bioethics" (CDBI) von der "Internationalen Initiative gegen die geplante Bioethik-Konvention" gebrochen und so die notwendige Öffentlichkeit hergestellt werden. Nach wie vor ist die Forschung an nicht einwilligungsfähigen Personen vorgesehen, lediglich der Begriff "incapacitated person" wurde gestrichen. Auch an der Embryonenforschung will die CDBI festhalten.

Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN lehnt die gentechnische Unterwerfung des Menschen unter die Interessen der Konzerne ab.

"Geld ist kein Problem"

Wenn es darum geht, die Voraussetzungen für gentechnische Forschung und Produktion in Deutschland zu verbessern, ist BAYER nicht kleinlich. Insbesondere der Zugriff auf Hochschulen und Forschungseinrichtungen kostet Geld, zahlt sich aber aus. BAYERs oberster Gentechniker, Dr. Peter Stadler, spricht Klartext: "Mit der Qualität der deutschen Hochschulforschung sind wir sehr zufrieden, und Geld ist nicht unser Problem. Wir wünschen uns in Deutschland eine bessere Infrastruktur in Form junger, dynamischer Gentechnikfirmen, wie sie zu über 1.000 an der Zahl in den USA existieren. Außerdem könnte die Forschungselite in Form der Max-Planck-Institute oder ähnlicher Institute gestärkt werden."

Gen-Food: Auch EU-Parlament gegen Kennzeichnung

Nach dem Ministerrat hat nun auch die Mehrheit des europäischen Parlaments abgesegnet, was Lebensmittel- und Chemiekonzerne fordern: Gentechnisch hergestellte und veränderte Lebensmittel müssen, von Ausnahmen abgesehen, nicht gekennzeichnet werden. Die grüne EU-Abgeordnete Hiltrud Breyer geißelt den am 12. März 1996 gefaßten Beschluß als "Verhöhnung der VerbraucherInnen".

Besonders pikant: Die Abgeordneten der Grünen, Kommunisten und Sozialdemokraten schlossen sich dem christdemokratischen Nicht-Kennzeichnungs-Modell an, weil aufgrund der spärlichen Besetzung bei der Abstimmung (200 ParlamentarierInnen fehlten!) eine absolute Mehrheit gegen das Ministerratsmodell nicht mehr möglich war.

Einziger Trost: Das Parlament hat sich zwei von BAYER und anderen Konzernen gewünschten Vorgaben noch nicht gebeugt. So sollen gegen Pestizide resistent gemachte Ackerfrüchte und gentechnisch hergestellte Lebensmittelsätze wie Enzyme (etwa bei der Brotherstellung) gekennzeichnet werden. Doch ein Zulassungsverfahren für Gen-Food, wie vom EU-Umweltausschuß gefordert, wird es nicht geben. Bleibt abzuwarten, ob die schwachen

Kennzeichnungspflichten nicht eines Tages auch noch dem Druck der Industrie weichen werden.

PESTIZIDE & HAUSHALTSGIFTE

BAYER-Pestizide wieder auf dem Vormarsch

BAYERs Giftmischer sind wieder auf dem Weg nach ganz oben. Noch in den achtziger Jahren war BAYER der größte Hersteller weltweit, bis 1994 fiel der Konzern auf Platz 6 zurück. Das Rekordjahr 1995 brachte dann auch im Pestizidbereich die Wende: Durch ein Umsatzplus von 21,7% in diesem Bereich erzielte BAYER 3,3 Mrd DM und wurde damit weltweit die Nummer drei. Das größte Wachstum wurde in USA, Lateinamerika und Asien verzeichnet.

Nach jahrelangem Rückgang des Gifteinsatzes und Erfolgen von UmweltschützerInnen (z. B. die "dirty dozen"-Kampagne des Pestizid Aktions Netzwerkes) gingen im Vorjahr die Verkäufe weltweit um 4,3% nach oben. Deutschland ist der größte Pestizidexporteur auf dem Weltmarkt. Die HOECHST/SCHERING-Tochter AgrEvo landet auf Platz 5, BASF auf Platz 10.



DIURON vergiftet nicht nur das Grundwasser

Seit Jahren fordert die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN die Einstellung der Produktion des Pestizids DIURON, da es auch bei "sachgemäßer Anwendung" das Grundwasser massiv verseucht (STICHWORT BAYER berichtete). GREENPEACE legte nun aktuelle Zahlen zur Verschmutzung von Oberflächengewässern durch DIURON vor und fordert erneut einen Produktionsstopp. In der Nordsee und im Wattenmeer wurden Belastungen bis zum Zehnfachen des Trinkwassergrenzwertes, im Münsterland gar Spitzenwerte bis zum 135-fachen des Grenzwertes gefunden. GREENPEACE schätzt, daß der Rhein in den Sommermonaten bis zu 1,8 Tonnen (!) DIURON in die Nordsee transportiert. Wie üblich wiegelt BAYER ab und hat sogar die Wiederzulassung des Pflanzengiftes bei der Biologischen Bundesanstalt in Braunschweig beantragt. Nachdem nun sogar die BAHN AG angekündigt hat auf den Einsatz von DIURON zu verzichten ist noch einmal mehr gemeinsame Aktion bis zur endgültigen Einstellung der Produktion von DIURON gefragt.

Charta gegen Gifte

Die Vereinten Nationen wollen angesichts der hohen Zahl von Krebserkrankungen und Unfruchtbarkeit einen Produktions- und Verwendungsstopp für besonders gefährliche Stoffe durchsetzen. Neben den Pestiziden Hexachlorbenzen, Toxaphen, Chlordan, Aldrin, DDT, Mirex, Dieldrin, Pentachlorphenol und Endrin wurden bei ersten Gesprächen als besonders giftige Nebenprodukte unter anderem auch Dioxine und Furane aufgenommen. Die Liste, die zur Zeit zwölf Stoffe umfaßt und daher von UmweltschützerInnen als "Dreikiges Dutzend" bezeichnet wird, soll in weiteren Verhandlungen ergänzt werden. Allerdings räumte der Sprecher der UN-Wirtschaftskommission, Hans Lassen, ein, daß man sich wegen

der Vielzahl an Mitgliedstaaten in der UNO und der unterschiedlich gelagerten Interessen auf langwierige Verhandlungen einstellen müsse.

BAYER ist einer der größten Pestizid- und Giftproduzenten der Welt. Die Konzerne setzen alles daran, die UNO-Liste zu Fall zu bringen.

BAYER gegen EU-Biozidrichtlinie

Der BAYER-Konzern zieht gegen eine Richtlinie der Europäischen Union (EU) zu Felde, die erstmals Zulassungsverfahren für Biozidprodukte und deren Wirkstoffe vorsieht, die nicht in der Landwirtschaft eingesetzt werden. Hierzu gehören Giftsubstanzen für die Leder-, Textil-, Holz-, Farben- und Wasseraufbereitungsindustrie. Derzeit befinden sich etwa 350 bis 450 Wirkstoffe sowie 7.000 bis 10.000 Produkte auf dem europäischen Markt. Das Absatzpotential liegt derzeit EU-weit bei mehr als 1 Mill. Mark, Tendenz steigend.

Der BAYER-Konzern fordert deutliche Abstriche am bisherigen Richtlinienentwurf. So sollten zwar für die verwendeten Wirkstoffe nicht jedoch für die Biozidprodukte selbst toxikologische und ökotoxikologische Prüfungen vorgeschrieben werden.

Bei ExpertInnen stößt BAYER mit diesen Argumenten auf massive Kritik. Aus den Wirkstoffdaten könne man kaum auf die spezifischen Gesundheitsgefahren der Produkte schließen, denn die Anwendungsbereiche der Biozide seien sehr unterschiedlich. Deshalb fordert selbst das Bundesgesundheitsministerium, daß auch die Produkte sorgfältig und anwendungsspezifisch geprüft werden müssen. Das Bundesgesundheitsministerium geht in seinen Forderungen sogar über die geplante EU-Richtlinie hinaus.

Pestizide boomen in China

In China sollen bis zum Jahr 2000 rund 200 verschiedene Pestizide entwickelt werden. Der jährliche Produktionsoutput soll dann 317.450 t betragen. Um der wachsenden Pestizidnachfrage zu entsprechen, sind acht neue Produktionsanlagen geplant.

BAYER ist in China besonders aktiv. Die Vermutung liegt nahe, daß der Leverkusener Chemie-Multi im Fotherland China auch giftige Ackergifte herstellen wird.

Keine Entschädigung für Pyrethroid-Opfer

BAYER weist die Ansprüche von Menschen, die sich durch Produkte des Konzerns vergiftet haben, mit einer menschenverachtenden Kalkülhaftigkeit zurück. Dies war in der Vergangenheit der Fall bei tausenden von Holzgift-Opfern, dies setzt sich heute bei Pyrethroid-Geschädigten fort. Beispiel dafür ist der Fall des Herrn L., der eine Schädigung durch BAYER-Nervengifte geltend machen wollte, die sogar von der Landesunfallkasse der Stadt Hamburg bestätigt wurde. BAYER setzte sich - wieder einmal - über die Ansprüche hinweg und ließ den Rechtsanwalt des Geschädigten wissen: "Die vorgelegten Unterlagen lassen u. E. nicht den Schluß zu, Ihr Mandant sei durch Produkte aus unserem Hause - und insbesondere durch Pyrethroide - zu Schaden gekommen. Die in dem Bescheid der Landesunfallkasse Hamburg aufgezählten Befunde können nach dem heutigen Stand der wissenschaftlichen Erkenntnisse mit einer Vergiftung durch Pyrethroide nicht erklärt werden. ... Das Gutachten von Prof. Dr. Altenkirch bestätigt die obigen Ausführungen. Insbesondere muß gesagt werden, daß das Gutachten dem Bescheid der Landesunfallkasse Hamburg in keiner Weise unterstützt. Im Gegenteil: Nach eingehender Untersuchung von Herrn L. distanziert sich Prof. Altenkirch von seinem früher von ihm nach Aktenlage erstellten Gutachten und kommt jetzt zu dem Ergebnis, daß "eine reine Pyrethroid-Intoxikation als Berufskrankheit für Herrn L. nicht wahrscheinlich zu machen" sei. Die bei Herrn L. festgestellten Symptome würden den einer Pyrethroid-Vergiftung nicht entsprechen ... Unabhängig von den vorstehenden Ausführungen, die einen Kausalzusammenhang ausschließen, fehlt es bisher an der von uns erbetenen substantiierten Schilderung der konkreten Anwendung von BAYER-Produkten durch Ihren Mandanten. ... Da wir nach den vorliegenden Erkenntnissen einen Zusammenhang zu Produkten unseres Hauses nicht erkennen können, sehen wir keine Grundlage für

Forderungen ihres Mandanten gegen uns."

Bei der COORDINATION sind zwei neue Bücher erhältlich, die den unheilvollen Pakt zwischen „Experten“ und Industrie zum Nachteil der Opfer dokumentieren:

* „Vergiftet und allein gelassen“/DM 14,80

* „Käufliche Wissenschaft“/DM 16,80

jeweils zzgl. DM 8,— Porto/Verpackung

GIFT & MULL

Wuppertal: BAYER sucht Giftentsorger

BAYER-Wuppertal will 30.000 Tonnen Bodenaushub (wie sauber der wohl sein mag?) loswerden und das möglichst preiswert. Deshalb versuchte der Konzern mit der Stadt Velbert offensichtlich hinter verschlossenen Türen einen Kuhhandel zu klüngeln: Wegen der zu erwartenden großen Menge bekommt BAYER Sonderrabatte; Dreck im Dutzend billiger.

Stadt entsorgt BAYER-Altlasten

STICHWORT BAYER berichtete bereits mehrfach über die unzureichende Sanierung der BAYER-Giftmülldeponie Dhünnaue in Leverkusen. Statt das belastete Erdreich auszukoffern und mit Spundwänden zum Grundwasser hin abzudichten, wurde die Stadt mit einer billigen, ökologisch völlig unzureichenden Oberflächenabdichtung abgespeist. In diesem Zusammenhang müssen nun zwei Häuser abgerissen und neu aufgebaut werden, wofür die Stadt aus Steuergeldern bis 1999 insgesamt 465.000 Mark berappen darf - wenn es denn bei diesen Kosten bleibt.

PROPAGANDA & MEDIEN

Propagandistisch mit Sicherheit alles im Griff

BAYER sah sich genötigt auf die Unfallserie bei HOECHST zu Beginn des Jahres zureagieren und erklärte, man habe einen eigenen Alarmplan, der es erlaube, innerhalb weniger Minuten eine Gefahr einzuschätzen und die nötigen Schritte einzuleiten. Auch der Werkleiter werde sofort informiert. Außerdem verwies BAYER auf seine neue Sicherheits-Jahresaktion mit dem umwerfenden Titel "Mit Sinnen gewinnen". "Mit der Jahresaktion greifen wir den Appell an das Verantwortungsgefühl auf. Auch wir wollen, daß sich jeder an seinem Arbeitsplatz und in seinem Aufgabenbereich in Sachen Arbeitssicherheit und Umweltschutz ständig gefordert sieht", kommentierte der Krefelder Werkleiter Wolfgang Kann die Aktion gegen den "Unsicherheitsfaktor Mensch". Mit viel Glück können "unfallfreie" MitarbeiterInnen sogar etwas gewinnen bei dieser Aktion.

Gesellschaft Deutscher Chemiker(Innen?) wirbt für BAYER

Im Krefelder BAYER-Werk finden seit nunmehr 20 Jahren regelmäßig Veranstaltungen der Gesellschaft Deutscher Chemiker (GDCh) unter dem Thema "Chemie im Alltag" statt. Nicht genug damit, daß die GDCh diesen wenig neutralen Ort für ihre Veranstaltungen auserwählt hat, will nun BAYER in die Propaganda-Offensive gehen und diese Veranstaltungen zur Imagewerbung nutzen. Der "Dialog" mit der Bevölkerung soll eröffnet werden. "Wir wollen offen sein. ... Es ist alles erlaubt", so Dieter Freitag, Leiter der Materialforschung bei BAYER und offensichtlich verantwortlich für diese Art öffentlichen Dialog.

"Kosten spielen keine Rolle ...rolle ...rolle ..."

Dr. Manfred Schneider, Vorstandsvorsitzender der BAYER AG: "Um es ganz deutlich zu sagen: Kosten spielen keine Rolle, wenn es darum geht, die Sicherheit zu gewährleisten. Wir geben viel Geld für technologisch modernste Sicherheitsverrichtungen aus, und vermitteln unseren Mitarbeitern eine intensive Ausbildung in Sachen Sicherheit. Der entscheidende Punkt aber ist das Verantwortungsbewußtsein der Menschen in den Betrieben vor Ort." Ganz ehrlich war Herr Schneider aber nun doch nicht. Denn BAYER spart massiv bei

der Sicherheit, indem zu Tausenden die Arbeitsplätze vernichtet, dadurch die Arbeitshetze erhöht und die Sicherheit reduziert wird; und auch die Lohnkosten werden hinten und vorne durch harte Lohnschnitte eingespart und dadurch das reklamierte Verantwortungsbewußtsein direkt beeinträchtigt? Die Kosten spielen bei der Sicherheit eben doch eine Rolle. Kostensind bei BAYER-Schneider nämlich zum Einsparen da. Auch wenn er anderes behauptet!

http://www.BAYER-ag surf, surf

Nicht genug damit, daß BAYER seine Image-Botschaften über Fernsehen und Radio verbreitet, jetzt verschandelt der Konzern auch noch das Internet mit einer "worldwidewap". Neben all dem Chemiemüll produziert BAYER nun auch noch Datenmüll.

Spots zum Abschalten

Die BAYER-Propaganda von "Kompetenz und Verantwortung", die nach Unternehmensaussage über "umfassenden Umweltschutz und größtmögliche Sicherheit, hohe Qualität der Produkte und optimale Wirtschaftlichkeit" berichtet, ist überall präsent. Kaum eine Tages- und Publikumszeitung, kaum eine Fernsehanstalt, die nicht über "BAYER-Produkte für Sport und Freizeit, AGFA-Kompetenz in der Welt der Bilder, Pflanzenschutz im Einklang mit der Natur, Pharmaforschung im Dienst der Gesundheit sowie Kunststoff-Recycling im Automobilbau" mit groß angelegten Werbekampagnen aufklärt. Verstärkt waren die BAYER-Botschaften nun fast täglich im Radio zu hören. Ausgestrahlt wurden sie von Lokalsendern wie Radio Leverkusen, Radio Wuppertal, Antenne Düsseldorf, Radio Köln oder Antenne Niederrhein, alles Sender rund um die BAYER-Standorte in NRW. Ergänzt wurde diese propagandistische Aktion über den Äther durch Ausstrahlungen in der Chemieregion Bitterfeld, wo BAYER (auf Staatskosten) ein neues Werk errichtet hat.

Die Werbespots sind von derart unerträglich penetranter, heile-Welt-verkündender Einseitigkeit, da hilft nur noch Abschalten.

Preisgekrönter Industriefilm

Ein Werbefilm über den BAYER-Kunststoff MAKROLON bekam beim 38. New Yorker Filmfestival die Goldmedaille für den besten Industriefilm. Der vierminütige Streifen von Birgit Kersting hat etwa 100.000 DM gekostet.

KONTROLLE & ÜBERWACHUNG

Datenschutz: Mangelnde Überwachung

Der Bundesdatenschutzbeauftragte Joachim Jacob bemängelt unzureichende Datenschutzbestimmungen. Das heute noch gültige Regelwerk sei in "einer Zeit entstanden, in der man von der Internationalität der Unternehmen und von globalen Netzen noch keine Vorstellung hatte." Für die Kontrolle von Dienstleistungsunternehmen wie Banken, Versicherungen oder Versandhäusern seien Aufsichtsbehörden der Bundesländer zuständig, von denen es, so Jacob, nur 30 in der Bundesrepublik gäbe. Die Aufsichtsbehörden seien "personell oft unterbesetzt". Jacob hilflos: "Und die sollen mit multinationalen Konzernen fertig werden können?"

IMPERIUM & WELTMARKT

BAYER-Chrom-Dreck: Back to Afrika

Wie von STICHWORT BAYER in seiner letzten Ausgabe berichtet wird BAYER ab 1998 die Produktion von Chromchemikalien (für die Ledergerbung und Metallbehandlung) nach Südafrika verlagern. In Leverkusen wird die Chromproduktion stillgelegt. Davon betroffen sind 300 KollegInnen. Die südafrikanische Tochtergesellschaft von BAYER wird mit der südafrikanischen SENTRACHEM zusammen eine der größten Fabriken der Welt für Chromchemikalien bauen. An dem Gemeinschaftsunternehmen mit Sitz in Newcastle (Provinz Kwasulu-Natal) werden beide Konzerne mit jeweils 50 %

beteiligt sein. Jährlich soll die Anlage 70.000 Tonnen Natriumdichromat und 10.000 Tonnen Chromsäure ausstoßen. 150 bis 200 Millionen Mark soll die Anlage kosten. BAYER läßt seinen Chromdreck in Südafrika produzieren, weil der Konzern dort eine der größten Chromminen (die Rustenburg Chrome Mine im Nordwesten des Landes) besitzt. Weitere Minen besitzt BAYER in Rust de Winter (Flußspatmine) sowie in anderen Ländern (Deutschland, Brasilien). Ein wesentlicher Grund für die Verlagerung der Chromproduktion nach Südafrika sind die günstigen Arbeitskräfte und die laschen Arbeitsschutzbestimmungen. Die südafrikanische BAYER-Tochter CHROME CHEMICAL war durch Enthüllungen der COORDINATION international ins Gerede gekommen, weil dort viele Arbeiter an Lungenkrebs gestorben sind und an Perforationen der Nasenscheidewand leiden. Entschädigungen hat BAYER dafür bis heute nicht geleistet.

BAYER kauft Know how in den USA

Für insgesamt 20 Millionen US-Dollar (ca. 30 Millionen DM) hat die BAYER Corp. Pittsburg/USA einen Kooperationsvertrag mit der PHARMACOPEIA Inc. Princeton abgeschlossen. Der Betrag wird in den Erwerb von PHARMACOPEIA Aktien, Forschungs- und Entwicklungskosten investiert. PHARMACOPEIA ist ein Forschungsunternehmen in der sog. "kombinatorischen Chemie" und hat ein neues "ECLIPS" genanntes Verfahren entwickelt, mit dem sich chemische Substanzen in kurzer Zeit synthetisieren und so markieren lassen, daß sie in sog. Bibliotheken wiedergefunden werden können. "Die Kombination der ECLIPS-Technologie von PHARMACOPEIA mit den bei BAYER etablierten, robotergestützten High-tech-Screening-Methoden, erlaubt es, unsere Medikamente schneller und kostengünstiger zu entwickeln," läßt sich Horst Meyer, der Chef des BAYER-Pharmaziebereichs, dazu vernehmen. PHARMACOPEIA erhält während der Arzneimittelentwicklung sog. "erfolgsgebundenen Zahlungen". Die Vermarktung der möglicherweise neu entwickelten Medikamente erfolgt ausschließlich durch BAYER bzw. seine Tochterfirmen. Auch diese Unternehmung wird allenfalls dazu führen, den zehntausenden unnützen oder gar gefährlichen Medikamente auf dem deutschen Markt (und nicht nur dort) weitere hinzuzufügen.



Bald Kondome von BAYER und HÜLS?

Wegen unbefriedigender Gewinne im Bereich Synthesekautschuk und Kautschuk-Chemikalien haben BAYER und HÜLS ein Gemeinschaftsunternehmen mit Sitz in Marl gegründet, das am 1.7.96 seine Geschäftstätigkeit aufnehmen und die "weltweiten Latexaktivitäten der beiden Firmen in den Bereichen Forschung und Entwicklung, Produktion und Marketing" zusammenfassen soll. An dem Unternehmen, das zu Anfang erst einmal 700 Millionen umsetzen soll, sind beide Firmen mit je 50% beteiligt. Das neue Unternehmen soll etwa 900 MitarbeiterInnen haben. In welche Dimensionen der Umsatz klettern soll ist klar: Allein der Umsatz von BAYER im Bereich Kautschuk betrug bisher 3,6 Milliarden Mark. Von der

Auslagerung betroffen sind ca. 330 KollegInnen, die um ihre Arbeitsplätze fürchten.

FARBEN-Nachfolger an der Spitze der Top Ten

Die IG FARBEN-Nachfolger HOECHST, BASF und BAYER belegen die Plätze 2, 3 und 4 der internationalen Top ten der Chemieindustrie. Auf Platz 1 steht mit über 65 Mill. DM Umsatz der Chemie-Riese DUPONT. Rechnet man die Umsätze der FARBEN-Nachfolger, die seit ihrer 1949 gerichtlich angeordneten Trennung nach wie vor eine informelle Einheit bilden, zusammen, so lägen diese mit fast 150 Mill. DM Umsatz mit weitem Abstand auf auf Platz 1.

Weitere Giganten unter den ersten Zehn sind DOW CHEMICAL (32,4 Mill. Mark), CIBA GEIGY (26,2), RHONE-POULENC (25,2), ICI (22,8), AKZO OBEL (19,8) sowie SANDOZ (18,8).

Neue Werksleiter in Brunsbüttel und Wuppertal

Zum 1. Juni 1996 wird Heinz Bahnmüller, derzeit sogenannter Umweltschutzbeauftragter im Werk Dormagen, die Führung im Werk Wuppertal-Elberfeld übernehmen. Der 49jährige folgt Karl Nöthen, der in Pension geht. Ebenfalls aufs Altenteil setzt sich zum 1. Juni 1996 der Leiter des Werkes Brunsbüttel, Joachim Zirner. Sein Nachfolger wird Klaus Starke (55), derzeit stellvertretender Werksleiter in Leverkusen.

Gemeinschaftsunternehmen in Indonesien

Das gemeinsam dem BAYER- und HOECHST-Konzern gehörende Textilfarbstoff-Unternehmen DYSTAR hat in Indonesien ein Gemeinschaftsunternehmen mit dem Namen P.T. DYSTAR POLKRIK gegründet. DYSTAR hält 60% der Gesellschaftsanteile. Für 40 Mio. US-Dollar soll eine Fertigungsanlage für Dispersionsfarbstoffe mit einer Jahreskapazität von 10.000 Tonnen entstehen. Auf der BAYER-Hauptversammlung 1996 wurde das Engagement von BAYER in Indonesien scharf kritisiert, weil dort die Menschenrechte brutal mißachtet werden. BAYER-Chef Schneider jedoch beharrte darauf: Wirtschaftliche Kooperationen könnten helfen, die Lage zu verbessern.

ÖKONOMIE & PROFIT

5-Mark-Aktie bringt großes Geld

Der BAYER-Konzern hat auf seiner Hauptversammlung beschlossen, den Nennwert der Aktie von ehemals 50 auf heute 5 Mark umzustellen. Damit soll privaten AktionärInnen erleichtert werden, mit deutlich niedrigeren Kapitaleinsätzen Anteile am Chemiemulti zu erwerben. BAYER erklärte, durch die Herabsetzung des Nennwertes solle generell der Aktienmarkt belebt werden und die Aktie als Instrument der Vermögensbildung gefördert werden. Die Stückelung in 5-Mark-Anteile verbessere zudem die internationale Vergleichbarkeit der Kurse, heißt es.

Die beiden IG FARBEN-Nachfolger BASF und HOECHST haben ebenfalls den Nennwert der Aktie auf 5 Mark herabgesetzt. Das Problem, daß kleine Sparguthaben in Aktien angelegt und Kleinaktionäre damit in die für sie nicht zu überschaubare Verantwortung für konzernbedingte Umweltverbrechen und soziale und andere Mißstände hineingezogen werden, erhöht sich durch die Herabsetzung der Einstiegsschwelle in die Droge Aktie. Aus diesem Grund sind 5-Mark-Aktien grundsätzlich abzulehnen.

Rückkauf zur Kurspflege

Der Präsident des Deutschen Aktieninstitutes, der BAYER-Vorstand Helmut Loehr, drängt die Bundesregierung, das Aktienrecht zu ändern, damit Konzerne ihre eigenen Anteile problemlos zurückkaufen können. "Der Erwerb eigener Aktien zur Kurspflege, zur Gewinnausschüttung an die Aktionäre oder zur Veränderung der Kapitalstruktur ist deutschen Unternehmen nicht gestattet", bedauert Loehr. "Damit wird unseren Aktiengesellschaften ein finanzierungspolitisches Instrument vorenthalten, das in anderen Ländern erfolgreich genutzt wird ..."

Das deutsche Aktiengesetz verbietet den Rückkauf eigener

Anteilscheine durch die Konzerne, weil die Weltwirtschaftskrise gezeigt hat, daß sie ihre Liquidität genutzt haben, um zum Spottpreis die eigenen Aktien zurück zu kaufen. Außerdem kann durch Rückkauf der Kurs den Realitäten nicht entsprechend erhöht („gepflegt“) werden. Dies ist gerade in der Umwelt-Dreck-Industrie ein Problem. BAYER sieht sich selbst kursmäßig seit Jahren als unterbewertet, die KritikerInnen des Konzerns hingegen als überbewertet an.

UNFÄLLE & KATASTROPHEN

40 % mehr Unfälle

In den letzten zehn Jahren ist nach Angaben des Verbandes der Chemischen Industrie (VCI) die Zahl der Chemieunfälle um 40 % gestiegen. Diese Entwicklung führt der VCI auf die gestiegene Sensibilität bei den Mitgliedsunternehmen zurück. Was mit dieser Aussage gemeint ist, kann nur geraten werden. Vermutlich will der VCI damit sagen, daß es in der Vergangenheit leichter gewesen ist, Unfälle zu vertuschen.

Chemie in Wohngebieten: „Gute Erfahrungen“?

Kaum ein Monat vergeht, ohne daß sich Unfälle und Katastrophen in der chemischen Industrie „ereignen“; von den genehmigten Giffkräften einmal ganz zu schweigen. Doch für BAYER-Vorstandsmitglied Dieter Becher ist die Welt noch in Ordnung: „Die Nachbarschaft von Industrie und Siedlungsgebieten ist am hochverdichteten Standort Deutschland aber auch in anderen Staaten seit langem Realität.“ Und, so Becher: „Damit haben wir bei BAYER gute Erfahrungen.“ Zum Katastrophentpotential bei BAYER hat die COORDINATION das STICHWORT BAYER-Sonderheft „Bhopal mahnt“ herausgegeben, das für DM 13,— incl. Versandkosten bestellt werden kann (Adresse siehe Impressum).

STANDORTE & PRODUKTION

Wuppertal: Zweifelhafte Investitionen

Großer Jubel herrschte bei diversen Gazetten, sowie Wuppertals Oberbürgermeisterin Ursula Kraus über die Ankündigung des BAYER-Konzerns, 83 Millionen Mark in den Standort Wuppertal-Apprath zu investieren. Mit 20 Millionen soll die Produktion des umstrittenen Diabetes-Präparates GLUCOBAY erhöht werden. Mit 15 Millionen soll die Produktion größerer Testmengen eines weiteren Diabetes-Medikamentes mit dem Namen MIGLITOL neu gestartet werden, ein Wirkstoff, der sich in mehreren Kliniken bereits im Menschenversuch befindet. Mitglieder der Belegschaftsliste im Wuppertaler BAYER-Betriebsrat halten dem verordneten Jubel entgegen, daß der Umfang von 83 Millionen eine reine Standardinvestition sei und nur ein verschwindend kleiner Teil der Gewinne die in Wuppertal erwirtschaftet würden. Zudem diene ein Teil der Investition nicht einmal zur Absicherung von Arbeitsplätzen, sondern zur Rationalisierung. Die Belegschaftsliste vermutet, daß der massenmediale Jubel den Weg ebnen soll für Gefälligkeiten der Stadt, wie z. B. den von BAYER gewünschten Abriss eines denkmalgeschützten Hauses und die Auslagerung der betrieblichen Energieversorgung an die Stadtwerke.

BAYER handelt gegen Ratsbeschuß

Wirtschaftliche Macht zeigt sich immer dort unverhüllt, wo Unternehmen in der Lage sind, Beschlüsse von politischen Gremien zu erwirken oder zu verändern. Für ein Gelände, das in der direkten Nachbarschaft des Krefelder-Uerdinger BAYER-Werkes (auf dem ehemaligen Zechengebiet in Duisburg-Rheinhausen) liegt, war vom Stadtrat nur eine Bebauung mit Lagerhallen vorgesehen. Doch BAYER will nun auf dem Gelände, das durch den Ausbau der Landstraße 473 zur sogenannten „Rheinhauser Südtangente“ mit direkter Autobahnbindung zusätzlich attraktiv wird, eine Fabrik bauen oder Fremdfirmen ansiedeln. Anläßlich der Bilanzpressekonferenz im Februar teilte dies der Krefelder Werksleiter Wolfgang Kann mit. „Für Lagerhallen ist das Gelände doch viel zu wertvoll“, so Wolfgang Kann. Der Regierungspräsident unter-

stützt das BAYER-Vorhaben und setzt sich damit über den Beschluß des Duisburger Rates hinweg. Er versprach BAYER in Kürze das Baurecht zuzusprechen.

RECHT & UNBILLIG

Bilanzrecht: Verbeugung vor BAYER

Die Bundesregierung will deutsche Multis von der Verpflichtung entbinden, ihre Bilanzen gleichzeitig nach deutschem und ausländischem Recht vorlegen zu müssen. So soll es in Zukunft ausreichen, einen Abschluß z. B. nach US-Recht vorzulegen, eine Bilanz nach dem deutschen Handelsgesetzbuch ist dann nicht mehr nötig. Damit findet die jahrelange BAYER-Lobbyarbeit ihren krönenden Abschluß, denn, um an der amerikanischen Börse gehandelt zu werden hätte der Konzern Abschlüsse nach amerikanischem Recht vorlegen müssen, was ihm bisher zu teuer und aufwendig war.

FORSCHUNG & ENTWICKLUNG

BAYER-Einfluß auf Hochschulen

Das BAYER-Vorstandsmitglied Dr. Pol Barmelis, zugleich Vorsitzender der Gesellschaft für Verfahrenstechnik und Chemieingenieurwesen (GVC), will einen stärkeren Einfluß der Industrie auf die (Fach-)Hochschulen. Die GVC hat für die Ausrichtung des Verfahrenstechnik-Studiums Empfehlungen herausgegeben, die einen stärkeren Praxisbezug sowie eine verkürzte Dauer vorsehen. Außerdem ist eine Aufteilung der Ausbildung in ein Grundstudium und ein branchenorientiertes Vertiefungsstudium vorgesehen. Dadurch sollen die zukünftigen Verfahrenstechnik-IngenieurInnen - ganz im Sinne der Industrie - auf ihre zukünftigen Aufgaben vorbereitet werden. Barmelis wörtlich: „Die Zusammenarbeit zwischen Forschungsinstituten und Industrie ist auch ein wichtiges bildungs- und forschungspolitisches Thema.“

SPORT & MEDAILLEN

Leder-Ei trifft Hackfleisch-Klops

Im Zuge des Ausbaus des BAYER-eigenen Stadions in Leverkusen sind die BAYER-Manager eine besonders geschmackvolle Kooperation eingegangen, um Kosten zu sparen. McDonalds baut auf eigene Kosten einen 800 qm großen Glas-Stahl-Komplex auf BAYER-Grund, der im Parterre das bekannte „Qualitätsrestaurant“ beherbergt. Anstelle von Miete, die McDonalds eigentlich für Grund und Boden bezahlen müßte, darf BAYER in der ersten Etage einen Fan-Shop, den Kartenverkauf sowie einen ADIDAS-Shop betreiben. „Wir bauen erstmals an einem Stadion. Das ist einmalig in Deutschland, wahrscheinlich auch in Europa“, kommentierte McDonalds-Vorstand Rolf Kreiner den Vertragsabschuß. Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFÄHREN wünscht allen Fußballvereinen, daß sie nicht in solch große wirtschaftliche Not geraten, um solche Kooperationen eingehen zu müssen. Im übrigen schließt sich der Kreis: Die BSE-Gefahr landet endlich wieder auf BAYER-Grund.

Sportliche Imagekampagne

„BAYER - so sportlich ist keiner“, lautet das Motto einer kürzlich gestarteten Image-Kampagne des BAYER-Konzerns. Sattsam prominente Gesichter aus BAYER-Sportvereinen, wie z. B. Heike Henkel und Rudi Völler aber auch „gewöhnliche“ FreizeitsportlerInnen sollen der Leserschaft von Sport- und Sonntagspresse einhämmern, daß, wer wie BAYER, seit Jahrzehnten den Sport fördere, gut und nicht böse sei. BAYER nutzt offenbar den Sport als Werbevehikel im Vergleich zu anderen Konzernen höchst effektiv, denn angeblich verbindet jede/r vierte BundesbürgerIn den Namen BAYER mit Sport.

NEU

Der Erfolgstitel. Erste Auflage fast vergriffen.

Bericht über die Geschäfte der IG FARBEN

Überall auf der Welt wurde der Opfer des Nationalsozialismus' gedacht. Doch während hochrangige Regierungsvertreter wohlfeile Reden hielten, warten ehemalige Zwangsarbeiter des IG FARBEN-Konzerns noch immer auf eine gerechte Entschädigung. Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) hat nun ein Buch vorgelegt, das die Verantwortung der Konzerne für Auschwitz und andere Verbrechen belegt.

Eines der dunkelsten Kapitel der deutschen Geschichte ereignete sich hinter Stacheldraht. Hunderttausende Menschen mußten unter grausamsten Bedingungen Zwangsarbeit für den IG FARBEN-Konzern leisten. Die meisten verloren ihr Leben, „vernichtet durch Arbeit“, wie es im SS-Jargon hieß. Die chemische Industrie, allen voran der BAYER-Konzern, hat von dieser unheilvollen Entwicklung nicht nur profitiert, sondern sie aktiv herbeigeführt. Der damalige BAYER-Generaldirektor Carl Duisberg war es, der das FARBEN-Kartell zusammengeschmiedet hat. Die IG FARBEN hat Hitler frühzeitig unterstützt, den Bau von Auschwitz finanziert und schließlich ein eigenes Werk (BUNA II) mit angehörigem KZ (Monowitz) installiert. Die LeserInnen des Buches werden engagiert in die historischen Zusammenhänge eingeführt, die mit ausgewählten Dokumenten und Abbildungen angereichert worden sind.

Ein besonderes Augenmerk richten die AutorInnen auf die Verbrechen, die im Namen von Rassenwahn und Profitsucht begangen worden sind. Ein Briefwechsel zwischen BAYER und der SS „betreffs der Lieferung von Frauen“ zu medizinischen Versuchen dokumentiert, auf welcher grausamen Weise die Menschenwürde mißachtet worden ist. „Alle Frauen sind gestorben. Wir werden uns wegen einer neuen Lieferung demnächst ansie wenden“, heißt es in einem Schreiben aus dem Hause BAYER.

Nach dem Krieg wurde die IG FARBEN formal entflochten. Doch die Macht von BAYER, HOECHST und BASF ist heute größer denn je. Wen wundert da, daß BAYER seine Geschichte von hochrangigen Professoren reinwaschen

Günstige Staffelpreise / Rabatte
ab 5 Expl. 10%, ab 10 Expl. 15%
ab 25 Expl. 20%, ab 50 Expl. 25%
ab 100 Expl. 30%



läßt und Forderungen

nach Entschädigung mit Gewalt erstickt. Die Rede eines Kritikers zu diesem Thema auf der Hauptversammlung (im Anhang des Buches dokumentiert) wurde vom Werkschutz brutal verhindert.

Besondere Beachtung verdient ein Kapitel, das sich mit einem hierzulande nicht bekannten Fall in den USA befaßt. Ein ehemaliger Zwangsarbeiter hat gerichtlich durchgesetzt, daß er die Nachfolger der IG FARBEN auf Entschädigung verklagen darf, ein Tatbestand, der bei BAYER, HOECHST und BASF für eine Aufregung sorgen Rechtsgeschichte schreiben wird.

COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (Hg.):
IG FARBEN: ... von Anilin bis Zwangsarbeit
Schmetterling Verlag, Stuttgart
ISBN 3-926369-46-9, 240 Seiten, viele Fotos
nur DM 24,80

COUPON

Ja, ich bestelle _____ Buch/Bücher "IG FARBEN: ... von Anilin bis Zwangsarbeit" zum Preis von DM 24,80 pro Stück zzgl. DM 5.-- für Porto und Verpackung (einmalig; für die gesamte Lieferung). Einen Verrechnungsscheck in Höhe von DM _____ lege ich bei.

Name: _____
Vorname: _____
Adresse: _____
Tel.: _____ Unterschrift: _____

Bestellung bitte an: CBG, P.F. 15.04 TB, 40081 Düsseldorf

Schuld ohne Reue

Japanische AIDS-Opfer siegen gegen Konzerne

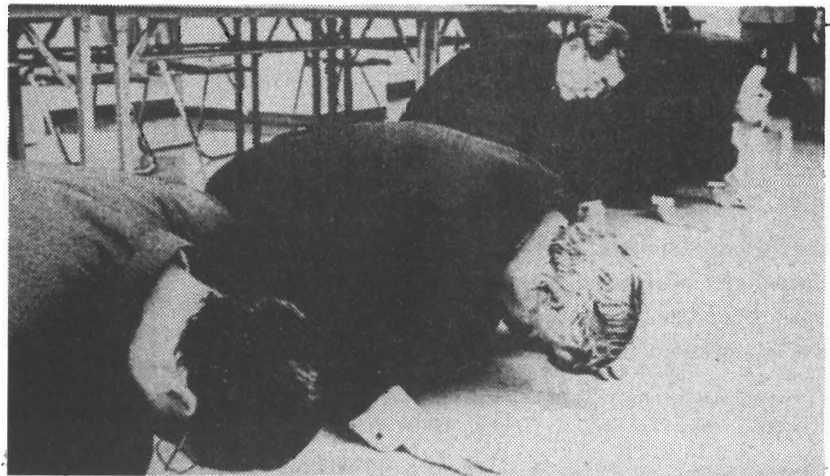
Reumütigkeit ist eigentlich nicht seine Sache. Doch was Theo Pilschke zum Ende des ersten Quartals im Geschäftsjahr 1996 in Japan fast täglich über seine Lippen bringen mußte, ist ein Schuldeingeständnis in einem der größten Pharmaskandale der Welt, wie es zuvor noch kein zweites gab. Doch Tokio ist weit weg von der Zentrale des BAYER-Konzerns in Leverkusen. Und hier heißt es: Für den Tod vieler Tausend Bluter "kann niemandem ein Schuldvorwurf gemacht werden". Von Hubert Ostendorf

Was BAYER in Japan zugemutet wurde, ist vermutlich eine der bittersten Pillen, die der Konzern in seiner über 100-jährigen Firmengeschichte schlucken mußte. Nicht genug, daß die Unternehmensechter (BAYER YAKUHIN) sich mit über 100 Mio Mark an einem Fonds für gut 1.600 Opfer der eigenen Geschäftspolitik (und der anderer Firmen) beteiligen muß, die jedem der Geschädigten umgerechnet 630.000 Mark sowie eine monatliche Rente von 2.100 Mark zubilligt. Nun wurde der Pharmamulti auch noch zu einem öffentlichen Kniefall genötigt. "Die Angeklagten fühlen sich für die Schäden der HIV-infizierten Bluterkranken tief verantwortlich", heißt es in einem zwischen BAYER YAKUHIN und den Klägern geschlossenen Vergleich vom 29. März 1996. Und: "Sie üben darüber Selbstkritik und entschuldigen sich von Herzen, den Opfern sowohl physisch wie psychisch großen Schaden zugefügt zu haben." Doch die Entschuldigung ist nichts weiter, als ein taktisch notwendiges Zugeständnis an eine aufgebrachte japanische Öffentlichkeit. In Deutschland, den USA und vielen anderen Ländern der Welt, wo BAYER ebenfalls Tausende von Blutern mit HIV verseucht hat, wird es eine derartige Reumütigkeit jedenfalls (vorerst) nicht geben. "In Japan ist es in einer solchen Situation üblich, die Gefühle öffentlich auszusprechen. Ob das in Deutschland notwendig ist, wissen wir nicht", relativiert BAYER-YAKUHIN-Chef Pilschke denn auch kleinlaut. Eine vorab in Leverkusen herausgegebene Stellungnahme wird hier schon wesentlich deutlicher: "Der Vorwurf, BAYER sei mitverantwortlich für HIV-Infektionen, ist nicht begründet", heißt es.

Doch das glatte Gegenteil ist der Fall. Was in Deutschland - ob-

wohl ausdrücklich durch einen Bundestagsuntersuchungsausschuß attestiert - klammheimlich in den Schubläden parlamentarischer Schreibtische verschwindet und bestenfalls Bundesgesundheitsminister Horst Seehofer schlaflose Nächte bereitet hat, pfeifen in Japan die Spatzen von den Dächern. "Wir standen hier in den letzten zwei Monaten fast täglich in der Presse. Das hat Einfluß auf unser Image in Japan gehabt", erläutert Landeschef Pilschke unfreiwillig die Gründe dafür, warum sich BAYER-Vorstandsmitglied Walter Wenninger persönlich bei Japans Gesundheitsminister Naoto Kan um Schadensbegrenzung bemüht hat. Doch vergebens: Kan glaubte den über 400 von 2.000 geschädigten Landsleuten, die seit sieben Jahren lautstark für ihre Rechte streiten, mehr als dem BAYER-Manager. Jenen tapferen Männern, die in beharrlicher Arbeit publik machten, daß BAYER

für ihre Rechte eintretenden Bluter überführten schließlich den Leverkusener Multi, den Tod von bislang 400 japanischen Patienten wesentlich in Kauf genommen zu haben. Rechtsanwalt Mugio Ishii, der für die Bluter die Klage geführt hat, ereiferte sich öffentlich: "BAYER wußte schon ziemlich früh von der Gefahr." Bereits 1982 habe Ed Cutter, Rechtsanwalt von BAYER in den USA, vor der HIV-Infizierung durch Blutpräparate gewarnt und vorgeschlagen, einen Hinweis in die Produktpackungen einzulegen. Ishii, der das interne BAYER-Dokument dem Gericht vorlegte, wird angesichts eines derartig erdrückenden Beweises wütend und schimpft: "Es ist unglaublich, daß BAYER heute noch behauptet, man habe von der Gefahr nichts gewußt." Immerhin mußte selbst Japans Gesundheitsminister Kan, ein couragierter Mann, dem bei einer Gerichtsverhandlung vor Erschütterung über das Schicksal der Bluter die Tränen gekommen



zwischen 1983 und 1985 noch Faktor VIII-Präparate gewinnbringend in Japan vermarktet hat, die, weil nicht hitzebehandelt und deshalb größtenteils AIDS-verseucht, in den USA längst verboten waren, eine todbringende Geschäftspolitik. Die

Mea culpa: Manager des japanischen Pharmaunternehmens GREEN CROSS entschuldigen sich bei den Blutern, die durch HIV-verseuchte Faktor VIII-Präparate infiziert worden sind. Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN fordert von Vorstand und Aufsichtsrat des BAYER-Konzerns, sich ebenfalls öffentlich in aller Welt bei allen HIV-Infizierten zu entschuldigen.

sind, einräumen: "Wir hätten die Katastrophe vermeiden können." Auch die Staatsanwaltschaft von Tokio, die eine Sonderkommission zur Untersuchung des Arzneimittel-skandals eingerichtet hat, geht davon aus, daß die Ansteckung der Bluter mit HIV hätte vermieden werden können. Sie leitete gegen den Leiter der AIDS-Forschungsgruppe im Gesundheitsministerium, Prof. Takeshi Abe, ein Mordverfahren ein, weil dieser zwischen 1983 und 1985 die Einführung hitzebehandelter Faktor VIII-Präparate verhinderte. Die Ankläger vermuten, daß Abe unter dem Druck der Hersteller, darunter BAYER, gestanden habe. Immerhin soll er für seine Gefügigkeit umgerechnet über 600.000 Mark von den Blut-Firmen kassiert haben.

Verräterische Zitate

1. "Eine Kausalität zwischen der Gabe von Faktor VIII-Konzentraten und AIDS ist nicht bewiesen."

Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie, 14.11.1983

2. "Im Augenblick wird davon ausgegangen, daß Faktor VIII und Faktor IX ... AIDS auf den Empfänger übertragen können." Information der US-BAYER-Tochter CUTTER, 8.2.1983

3. "Zur Frage des Beginns mit Hepatitis-B-Core-Antikörper-Tests (vom US-Centre for Disease Control zum Auspüren von Risikospendern empfohlen, ho) bei Spendern von Ausgangsplasma: Nach 5stündiger Diskussion wurde abgestimmt. Donohue, Strigley und Hink sprachen sich dafür aus. Alle anderen (außer Gerety, der sich wohl der Stimme enthielt) waren dagegen."

CUTTER-Vermerk vom 13.4.84

Alle Zitate nach: Schlußbericht des parlamentarischen Untersuchungsausschusses vom 21.10.94 (Drucksache 12/8591 des Deutschen Bundestages)

Während Abe nun persönlich zur Verantwortung gezogen werden soll, wird gegen die Manager von BAYER keine Anklage erhoben. Dies ist die Gegenleistung dafür, daß der Konzern sich in letzter Minute doch noch zu dem Vergleich hat durchringen können. Die Entscheidung muß dem Leverkusener Vorstand alles andere als leicht gefallen sein. Immerhin werden durch die relativ hohe Entschädigung nun auch andernorts berechnigte Forderungen laut, die man tunlichst abwehren möchte. Doch die Verärgerung unter den Betroffenen ist groß. In Deutschland etwa haben sich die infizierten Bluter mit geradezu lächerlichen Summen (zum Beispiel 20.000 Mark) abgespeisen und sich obendrein auch noch eine Schweigepflicht sowie einen



Klageverzicht abverlangen lassen. Erst parlamentarischer Druck konnte erreichen, daß die Opfer, sofern sie noch leben, wenigstens eine Minirente von 1.500 bis 3.000 Mark erhalten. Die Kosten dafür trägt zum größten Teil die Allgemeinheit. BAYER als Weltmarktführer für Faktor VIII-Produkte beteiligt sich gerade mal mit 18 Mio Mark, ein Bruchteil dessen, was der Verkauf verseuchter Produkte eingebracht hat. Hinzu kommt, daß das BAYER-Geld vermutlich durch die Rückversicherung erstattet wird. Dies trifft auf alle Fälle für die in Japan zu leistende Zahlung von rund 100 Mio Mark zu, wie Konzernchef Manfred Schneider auf der jüngsten Bilanzpressekonferenz einräumte. Umso unverständlicher ist es, daß sich BAYER in anderen Ländern beharrlich weigert, die Ansprüche der Geschädigten anzuerkennen.

Um die offensichtliche Ungleichbehandlung der Opfer in Japan und anderswo zu rechtfertigen, versteigt sich BAYER zu einer geradezu abenteuerlichen Argumentation: "Wenn berücksichtigt wird, daß die soziale Absicherung in Japan schlechter als in Deutschland ist und die Kaufkraft der Japaner zudem geringer, dann liegen die Lösungen in den beiden Ländern in den gleichen Größenordnungen", heißt es abwägend.

ASPIRIN-Werbung in Japan: BAYER will sich als sauberes Unternehmen präsentieren. Doch der AIDS-Skandal hat der schockierten Öffentlichkeit offenbart, daß der Chemie-Multi aus Leverkusen den Tod von Menschen skrupellos in Kauf nimmt.

Anders als in Deutschland gehen die Opfer in den USA bisher völlig leer aus. Hier wiegt die moralische Verantwortung von BAYER besonders schwer, denn das traditionsreiche Unternehmen mit dem hohnsprechenden Werbeslogan "Kompetenz und Verantwortung" hat auch in den USA von dem tödlichen Risiko seiner Präparate frühzeitig gewußt. In vertraulichen Szenarios sahen Firmen-Mitarbeiter schon im August 1983 weltweit eine "gigantische Epidemie" unter Blutern und ihren Angehörigen voraus. Dennoch hat sich BAYER aus Kostengründen geweigert, frühzeitig ein Inaktivierungsverfahren für seine Gerinnungspräparate einzuführen. Schlimmer noch: BAYER hatte die gesamte Branche bereits damals gegen einen auf dem Markt befindlichen Bluttest zum Aufspüren von Risikospendern ("Core-Test") eingeschworen. Dieser Test war vom staatlichen "Center for Disease Control" der USA dringend empfohlen worden. Als bereits Tausende infiziert waren, führte BAYER den Test schließlich im Alleingang ein. Auf diese Weise hatte man sich trickreich einen entscheidenden Marktanteil gegenüber der Konkurrenz verschafft und gleichzeitig

spätere Prozesse von Betroffenen abwehren können.

Forderungen

Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) fordert eine umfassende Entschädigung von Blutern in Deutschland und aller Welt auf der Basis der Zugeständnisse, wie sie in Japan gemacht worden sind. Die CBG fordert außerdem die Bestrafung der Verantwortlichen bei BAYER sowie die öffentliche Entschuldigung durch Anzeigen und Spots in allen Medien.

Das Beispiel "Japan" zeigt, daß langanhaltender, öffentlicher Druck selbst einen Weltkonzern wie BAYER in die Knie zwingen kann. Die Taktik der deutschen Opfer, durch Stillschweigen eine erhoffte Entschädigung nicht zu gefährden, hat sich als falsch herausgestellt. Beim Deutschen Hämophilienverband jedenfalls hat der Vergleich von Tokio hektische Umtriebigkeit ausgelöst. "Was anderen zusteht, muß auch uns gewährt werden", heißt es. Doch so lange nicht auch in Deutschland Protestmärsche auf die BAYER-Zentrale und Sitzstreiks vor dem Bundesgesundheitsministerium stattfinden, solange nicht auch hier Ärzteorganisationen zum Boykott jener Firmen aufrufen, die den Tod auf Rezept zu verantworten haben, so lange der Skandal nicht den Kurswert der BAYER-Aktien erschüttert, so lange sind die Aussichten auf angemessene Entschädigung denkbar schlecht.

BAYER zahlte Schmiergelder

(CBG) Wie die Tokioter Staatsanwaltschaft bekanntgab, zahlten BAYER und vier weitere Firmen in den achtziger Jahren umgerechnet über 600.000 Mark Bestechungsgelder, um den Verkauf unbehaltener Blutpräparate in Japan zu verhindern. Gegen den Empfänger der Zahlungen, Prof. Takeshi Abe, Experte auf dem Gebiet der Hämophilie (Bluterkrankheit) und damals Vorsitzender einer Regierungskommission zur Untersuchung von AIDS, wird nun wegen Mordes ermittelt.

Nach warnenden Hinweisen aus den USA, daß über nichterhitzte Blutprodukte AIDS übertragen werden könne, war durch das japanische Gesundheitsministerium ein Verbot erlassen worden. Im Juli 1983 ein für unbehaltene Blutprodukte erlassenes Verbot wurde durch den Beschluß zu den Nachzahlungen von BAYER, BAXTER, ER, BAXTER, und NIHONZOKI

Dokumentation

Zum Thema "Tod aus dem BAYER-Labor" ist eine Dokumentation erschienen, die für DM 13,— incl. Versand bei der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN, Postfach 150418, 40081 Düsseldorf (0211/333911) bestellt werden kann.

Verkaufsverbot te Mittel erlassene Eine Woche Abe daran, die torpedieren. der Firmen BAYER-GREEN CROSS brachte er die

AIDS-Kommission dazu, auf die Rücknahme des Verbotes zu drängen. Gleichzeitig saß Abe einer Kommission vor, die die Tauglichkeit von Erhitzungsverfahren für Blut überprüfen sollte und die zu dem Ergebnis kam, daß ein staatliches Verbot nicht nötig sei. Daraufhin wurde der Erlaß aufgehoben, eine für viele der betroffenen Bluter tödliche Entscheidung. Auch ein Test zum Aufspüren von Risikospendern ("Core-Test") wurde nicht eingeführt.

BAYER und Prof. Abe spielten eine zentrale Rolle in einem Millionenpoker, der bis heute allein in Japan über 400 Menschenleben gekostet hat. Die Pharmaindustrie hatte die entscheidende Schlüsselperson gekauft, um ihre "wertvollen", tödlichen Altbestände ("teurer als Gold") doch noch auf den Markt bringen zu können.

Pestizidgefahren schöngeredet Heile Welt in BAYER-Boschüre

1985 legte die Welternährungsorganisation FAO einen Verhaltenskodex vor, der sich an Hersteller von Pestiziden sowie an Aufsichtsbehörden wendet und Regeln für den Verkauf und die Handhabung von Pestiziden festlegt. Ziel war und ist es, die zahllosen Vergiftungsfälle von ArbeiterInnen und VerbraucherInnen zu stoppen (Schätzungen der WHO gehen von jährlich mindestens 2 Mio Vergiftungen aus) - besonders in der "3. Welt". Erreicht werden soll dies u. a. dadurch, daß die gefährlichen Gifte nicht unkontrolliert verkauft werden, nur von geschulten Perso-

nen verwendet werden und daß ein ausreichender Mindestschutz für alle AnwenderInnen verfügbar ist. Falls die erforderlichen Schutzmaßnahmen in einzelnen Ländern nicht zu gewährleisten sind, sieht der Kodex einen Exportverzicht der Hersteller vor.

Alle großen Unternehmen der Branche haben diese Regeln unterschrieben und sich somit auf ein verantwortlicheres Handeln festgelegt - zumindest theoretisch. Denn obwohl KritikerInnen Jahr für Jahr Verstöße aus allen Teilen der Welt melden, zogen die Konzerne in den

wenigsten Fällen ihre Produkte zurück.

BAYER, weltweit die Nummer fünf der Giftmischer, legte nun zum 10. Jahrestag der Unterzeichnung eine Broschüre mit den "bisherigen Ergebnissen" aus Unternehmenssicht vor. Fazit einer kritischen Durchsicht: Nach wie vor werden die Gefahren heruntergespielt, die beschriebenen Maßnahmen zur Eindämmung der Gefahren sind augenscheinlich nur Tropfen auf den heißen Stein. Immerhin ist aber der Inhalt der Broschüre im Vergleich zu früheren Publikationen und Äuße-

rungen etwas vorsichtiger und defensiver gehalten. Formulierungen wie "die hochgesteckten Ziele des Kodex sollten erst einmal punktuell verwirklicht werden", "der von Kritikern oft zitierte doppelte Standard - ein hoher für die Industrieländer und ein niedriger für Entwicklungsländer - verliert damit immer mehr (!) an Gültigkeit" oder "auch heute ist der Verbrauch chemischer Pflanzenschutzmittel oft übermäßig hoch" zeigen, daß die vom BAYER-Vorstand immer wieder behauptet-

- Informationsprogramme für Landarbeiter, die BAYER in der Broschüre ausführlich beschreibt, wurden tatsächlich nur in wenigen Ländern gestartet und erreichen auch dort nur einen Bruchteil der Betroffenen. Trotzdem möchte BAYER den Eindruck erwecken, der Konzern habe seine Verantwortung im Wesentlichen erfüllt, die weitere Verantwortung läge bei der FAO und den Landesbehörden.

- In vielen Ländern werden Pestizide nachweislich ohne Kontrollen

den Pestizidverkauf eingesetzt werden. Das bedeutet, BAYER beschränkt seine Verantwortung auf die offizielle Lesart, ohne die tatsächlichen sozialen Begebenheiten zu beachten.

Insgesamt kommt man bei Lektüre der BAYER-Broschüre zu dem Ergebnis, daß für den Leverkusener Multi-Schönfärberei wichtiger als eine tatsächliche Verbesserung der Situation ist. Zwar werden gewisse Anstrengungen unternommen, dies aber nur auf Druck von Öffentlichkeit und Institutionen wie der FAO. Zu wesentlichen Änderungen der Geschäftspolitik hat dies aber bisher nicht gereicht.

Bleibt abzuwarten, ob und in welchem Zeitraum BAYER die Ankündigung umsetzt, die gefährlichsten Pestizide der obersten Toxizitätsklasse wie NEMACUR und PARATHION (E 605) vollständig vom Markt zu nehmen. Das Beispiel DIURON in Deutschland hat gezeigt, wie BAYER reagiert: Die Gefahren von DIURON für das Grundwasser sind seit langem bekannt, den Verzicht auf unkontrollierten Verkauf in Deutschland hat BAYER aber erst nach einer Kampagne von GREENPEACE und einer umfangreichen Berichterstattung in den Medien bekanntgegeben. Und selbst wenn die Einschränkungen im Vertrieb - wie angekündigt - umgesetzt werden, bleibt DIURON dann immer noch auf dem Markt. Philipp Mimkes



te Gefährlosigkeit für Mensch und Umwelt selbst in den eigenen Reihen nicht geglaubt wird. Außerdem wird deutlich, daß plumpe Propaganda, wie in der Vergangenheit immer wieder publiziert, einer zunehmend skeptischen Öffentlichkeit nicht mehr verkauft werden kann, ein Verdienst der Ökologiebewegung. Auch die von BAYER angekündigte schrittweise Rücknahme aller Produkte der WHO-Giftklasse I (extrem gefährlich) belegt, daß der Konzern in Argumentationsnöten geraten ist. Leider folgen der "Einsicht" nur wenig Taten. So ist etwa das Uralt-Gift E 605 nach wie vor in aller Welt - auch in Deutschland - verbreitet.

In der zitierten BAYER-Broschüre werden zahlreiche Plattitüden abgegeben und wichtige Problemfelder nicht angesprochen. Zudem wird mit geschickt präsentierten (inszenierten?) positiven Einzelbeispielen der Eindruck erweckt, die wesentlichen Mißstände wären bereits behoben. Das Gegenteil ist leider der Fall. Im einzelnen:

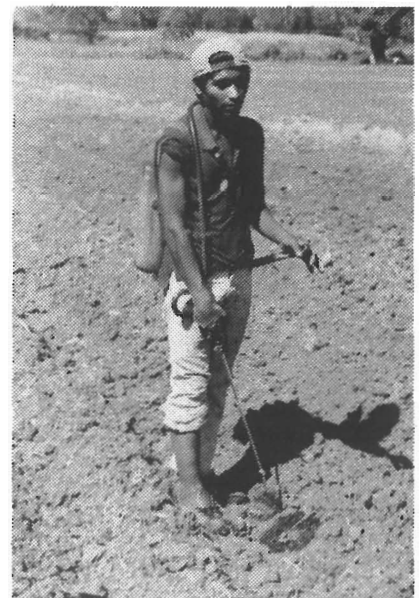
- Ansätze für einen natürlichen biologischen Pflanzenschutz werden von BAYER nicht entwickelt, die Rede ist allenfalls von einer Reduzierung der Giffracht.

BAYERs heile Welt in der Broschüre "Kurier Spezial: 10 Jahre FAO-Code". O-Ton der Propagandaschrift: "Vielversprechende Ansätze beim 'sicheren Umgang'".

frei verkauft (s. z.B. SWB 3/95). Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFÄHREN (CBG) und das PestizidAktionsNetzwerk (PAN) haben zahlreiche Verstöße festgestellt und auf den Hauptversammlungen von BAYER geschildert, ohne daß der Konzern seine Vertriebspraktiken geändert hätte oder auch nur die Existenz von Problemen eingeräumt hätte. Eine diesbezügliche Selbstkritik darf man daher in der Broschüre nicht erwarten.

- In Entwicklungsländern werden Pestizidkanister häufig zu Trinkwasserbehältern umfunktioniert, oft mit tödlichen Folgen. Trotzdem existiert nirgendwo ein flächendeckendes Rücknahme- oder Pfandsystem, übrigens auch nicht in Deutschland.

- Einige Aussagen sind falsch oder zumindest irreführend, beispielsweise die, daß "in Guatemala nun die Pflicht dieser Ausbildung vor Beginn einer Verkaufstätigkeit" von Pestiziden bestünde. Recherchen von STICHWORT BAYER haben ergeben, daß in Mittelamerika häufig Jugendliche und sogar Leseunkundige für



BAYERs reale Welt: Pestizid-Versprühung ohne Schutzkleidung durch Jugendliche in Guatemala.

Arme Schlucker

Tierversuche ersetzen keine Menschenversuche

„Wollen Sie denn, daß Medikamente oder Operationsmethoden am Menschen getestet werden?“ Ist eine Frage, die TierversuchsgegnerInnen immer wieder hören. Die Frage ist falsch gestellt. Denn Realität ist: Es wird an Menschen getestet, vom Säugling bis zum Greis, weil der Gesetzgeber nach dem Tierversuch den Menschenversuch zwingend vorschreibt. Oft werden dabei die rechtlichen Vorschriften zum Schutz der Probanden von den Testern rücksichtslos außer Kraft gesetzt. Dies zeigt nicht zuletzt der BAYER-Konzern, der mit schlechtem Beispiel vorangeht. Von Elke Mertens (dritter & letzter Teil der Serie)

Menschenversuche heißen offiziell „Klinische Erprobung“. Das hört sich harmloser an. Menschenversuche werden in vier „Klinische Phasen“ eingeteilt. Offensichtlich hält auch der Gesetzgeber Tierversuche für nicht sonderlich aussagefähig, wenn es um menschliche Krankheiten geht, denn sonst könnten Medikamente direkt nach den vorgeschriebenen Tierversuchen (SWB 4/95 und 1/96) auf den Markt gebracht und neue Operations-Methoden direkt nach den Übungen an Tieren zugelassen werden. Der Chirurg Dr. med. Werner Hartinger, Vorsitzender der „ÄrztInnen gegen Tierversuche“, brachte es auf den Punkt: „Jedes Wissen über Reaktionen, Wirkungen und Verträglichkeiten des menschlichen Organismus konnte nur am Menschen und nicht am Tier erarbeitet werden. Darum fordert auch der Gesetzgeber für die Zulassung jedes Medikaments und jedes medizinischen Verfahrens den Nachweis auf Unbedenklichkeit, Wirksamkeit und Unschädlichkeit am Menschen! Diese Forderung wird durch die im Arzneimittelgesetz geforderte 'klinische Erprobung' in vier Phasen erfüllt.“

Phase I und Phase II

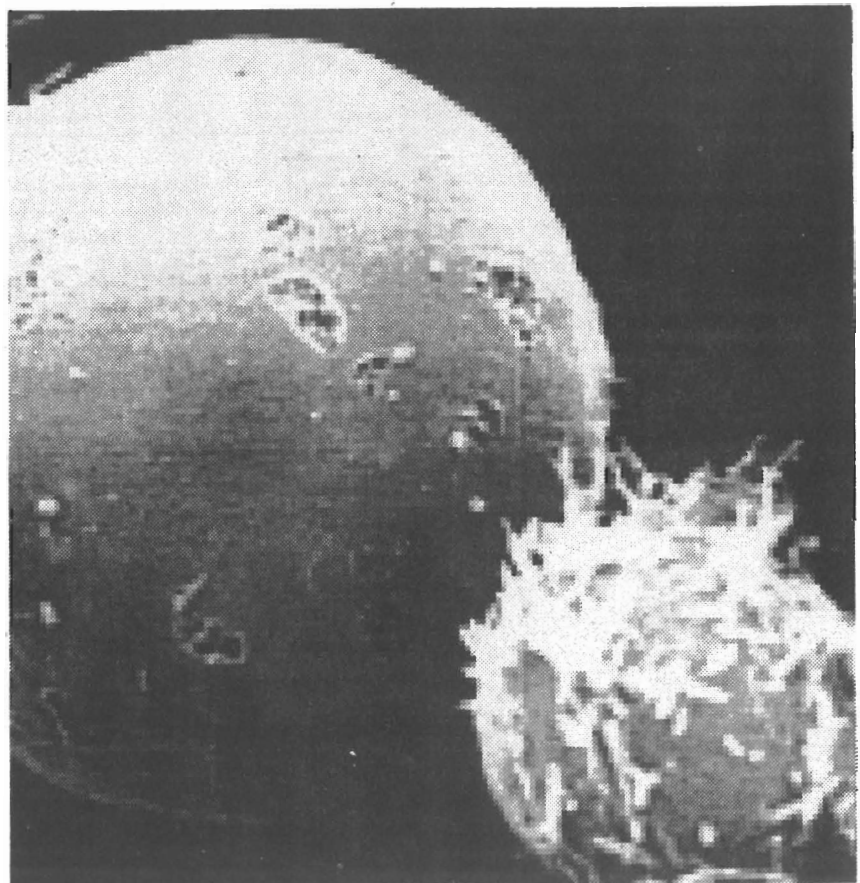
In Phase I wird die Verträglichkeit eines Medikaments an gesunden Versuchspersonen getestet. Häufig suchen Prüfinstitute dafür per Anzeige in Tageszeitungen gesunde, junge Männer. Manche Studenten finanzieren ihr ganzes Studium als Testschlucker (arme Schlucker).

In Phase II wird zum ersten Mal an Patienten die Wirkung eines Arzneimittels getestet, um „klare

Erkenntnisse über den wirksamen und verträglichen Dosisbereich zu erlangen“). Klarer Fall: In den vorangegangenen Tierversuchen waren diese „Erkenntnisse“ offensichtlich nicht zu gewinnen. Neue Wirkstoffe werden immer im Vergleich mit bereits bekannten Präparaten oder gegen ein wirkstofffreies Medikament (Placebo) getestet, um eine psychologische Beeinflussung möglichst auszuschalten. Damit auch der Prüf- arzt den Patienten nicht beeinflussen kann, werden sog. „kontrollierte Doppelblindstudien“ durchge-

führt, wobei weder Patient noch Arzt wissen, ob das einzunehmende Mittel das Prüfpräparat oder ein Placebo ist. Der „Doppelblindstudie“, die als denkbar gefährlichste Prüfmethode gilt, bescheinigte Pharmakritiker Ulrich Moebius: „Das ist Russisch Roulette für den Patienten.“²⁾

Fazit: Die ersten beiden klinischen Erprobungsphasen sind die riskantesten, weil sie nach den vorausgegangenen, nicht übertragbaren Tierversuchen die ersten Arzneimittel-



Viele Menschenversuche können Krebs auslösen. Im Bild der „Kampf“ einer Immunzelle gegen eine Krebszelle (re)

Erprobungen am Menschen darstellen. Über Nebenwirkungen, Dosierung und Verträglichkeit beim Menschen ist noch nichts bekannt.

Phase III

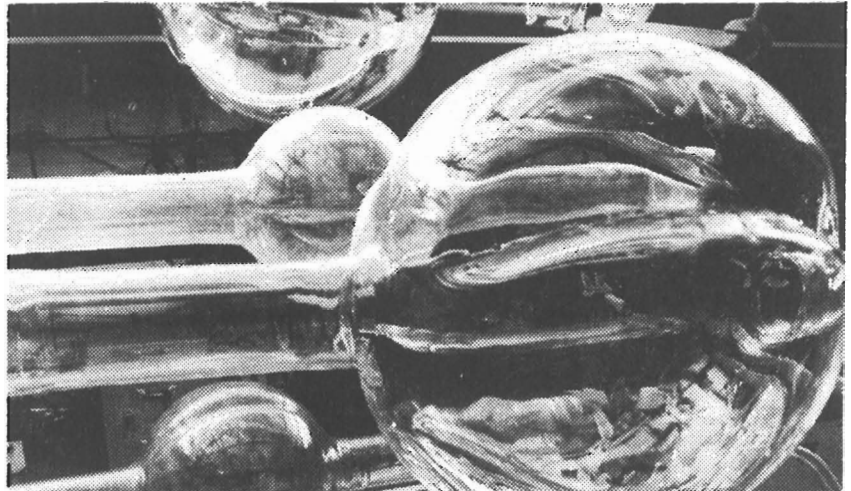
Diese Erprobungsphase ist eigentlich nur eine Erweiterung der Phase II; die Zahl der Patienten, an denen getestet wird, liegt zwischen mehreren Hundert und mehreren Tausend. Da in dieser Phase die Behandlungsdauer bereits 1-3 Jahre betragen kann, „lassen sich auch erste Aspekte der Langzeitverträglichkeit gewinnen“³⁾. Wohl gemerkt: Der Erprobung am Menschen gibt darüber Auskunft, nicht die vorherigen Tierversuche.

Phase IV

Hier werden langfristig und breit angelegte Feldstudien mit sehr großen Patientenzahlen durchgeführt. Erst in diesen Langzeituntersuchungen läßt sich z. B. feststellen, ob bei Frauen ein Zusammenhang besteht zwischen der Einnahme eines Verhütungsmittels und dem Auftreten einer Thrombose oder ob ein mögliches Krebsrisiko besteht. Ebenso läßt sich auch die Frage potentiell erbgutschädigender Eigenschaften erst bei zwei aufeinander folgenden Humangenerationen feststellen.⁴⁾ Die Ergebnisse der vorangegangenen Tierversuche sind blanke wissenschaftliche Makulatur.

Kompetenz und Verantwortung: Der Osten

Um Versuchspersonen bei Arzneimittelprüfungen zu schützen, schreibt das Arzneimittelgesetz im Regelfall vor, daß PatientInnen eine Einverständniserklärung erteilen, vorausgesetzt sie wissen, wozu sie auserkoren wurden. So stellte eine Studie des nordrhein-westfälischen Sozialministeriums fest, daß viele Probanden über die an ihnen durchgeführten Arzneimittelversuche in Kliniken oft gar nicht oder nur mangelhaft aufgeklärt waren und oft keine schriftliche Einverständniserklärung der PatientInnen existierte. BAYER hat eigene Wege gefunden, um forschungsfeindliche und standortgefährdende Schutzbestimmungen elegant niederzuwalzen. So berichtete der SPIEGEL 1991 (6/91), daß vor allem bundesdeutsche Pharmaunternehmen



in den 80er Jahren aggressive Arzneimittel in der ehemaligen DDR getestet hatten, ohne die Patienten vorher darüber aufzuklären. Besonders beliebte Testobjekte waren DDR-Patienten bei den riskanten Prüfphasen I und II. BAYER sei mit schlechtem Beispiel vorgegangen, hieß es in dem Artikel: „Es gab kaum eine Klinik des Arbeiter- und Mauer-Staates, die nicht im BAYER-Auftrag an ihren Patienten herumdokterte. Peinlich, aber wahr: Oft waren es die Problempräparate des Hauses, die den armen Schluckern im Osten verabreicht wurden.“ So testete BAYER am Ost-Berliner Forschungsinstitut für Lungenkrankheiten und Tuberkulose das entzündungshemmende Mittel CIPROBAY an rund 100 an Atemwegserkrankung leidenden Patienten im Doppelblindversuch. Laut Aussage des Prüfarztes fand keine Patientenaufklärung über das riskante Testverfahren statt. Dafür durften die CIPROBAY-Prüfarzte im Juni 1985 zu einem Kongreß nach Japan fliegen. BAYER spendierte Flug, Unterkunft und Taschengeld.

Den auch heute noch umstrittenen Blutzuckersenkler GLUCOBAY (Wirkstoff: Arcabose) ließ BAYER an Zuckerkranken im Bezirkskrankenhaus von Chemnitz festen. An das BAYER-Motto „Sicherheit durch Tierversuche“ mochte BAYER da schon längst nicht mehr glauben, hatten doch vorher im Tierversuch Ratten nach der Arcabose-Behandlung Krebsgeschwüre erlitten.

BAYERs Kalziumantagonist NIMODIPIN gelangte zu Prüfzwecken sogar bis in die Intensivstation der

Ost-Berliner Zentralklinik für Psychiatrie und Neurologie. Dort testeten Ärzte von 1987 bis Herbst 1989 NIMODIPIN an insgesamt 40 Alkoholikern im Delirium, in der Hoffnung, das Präparat würde das Risiko der ersten Entzugsstunden verkleinern. Stattdessen kam es zu schwerem Blutdruckabfall, die Alkoholiker zitterten und schwitzten stärker als sonst. Von dem Versuch erfuhren die Patienten erst hinterher.

COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN

Stoppt Gentechnik!

Schaf als Bioreaktor, Menschliche Gene für Pharmaka, Genviren für Bluter, Genfälschung, Neue Ethik ... alles zum Thema Gentechnik bei BAYER. Jetzt im neuen Reader mit 104 Seiten.



An: CBG, PF 150418, 40081 Düsseldorf. Bitte V-scheck (zzgl. DM 5,- für Porto + Verpackung) beilegen.

1) Textheft Arzneimittel, hrsg. vom Fonds der Chem. Industrie, 1989
2) SPIEGEL 6/91
3), 4) Rainer K. Liedtke (Hrsg.), Wörterbuch der Klinischen Pharmakologie, 1980
5) SPIEGEL 25/94

zu finanzieren".⁵⁾

Solange Tierversuche in der Humanmedizin durchgeführt und nicht alle Energien und Gelder auf die Entwicklung tatsächlich aussagefähiger Forschungsmethoden konzentriert werden, werden Pharmaindustrie und der ihr gleichgeschaltete Medizinbetrieb weiter die Macht haben, skrupellose Medikamentenversuche an Menschen durchzuführen, VerbraucherInnen und PatientInnen für dumm zu verkaufen und damit Milliarden zu verdienen.

Kompetenz und Verantwortung: Der Westen

BAYERs demokratische Alternative zurüder Patienten-Ausbeutung sieht so aus, daß die vorgeschriebenen Menschenversuche an freiwilligen Betriebsangehörigen durchgeführt werden (SWB berichtete mehrfach). Nur viermal pro Jahr dürfen sie teilnehmen. Sollte den Probanden etwas zustoßen, ist der Betrieb versichert. Dem Probanden hilft das nicht unbedingt, denn der Zusammenhang zwischen einer nach Jahren auftretenden Erkrankung und einem Medikamentenversuch läßt sich nur schwer nachweisen. Ähnlich wissenschaftlich zuverlässig geht es bei der BAYER-Tochter TROPON zu, die 16 Mio. DM in den Neubau eines Zentrums für klinische Forschung in Köln-Mülheim investierte (SWB 4/93). Auch hier werden neu entwickelte Medikamente - zumeist Antirheumatika und Psychopharmaka - an freiwilligen Probanden aus der Belegschaft untersucht. Bei der wirtschaftlichen und sozialen Abhängigkeit der Testschlucker von BAYER bzw. TROPON ist zu befürchten, daß schwerwiegende Zwischenfälle bei den Menschenversuchen verschwiegen werden. Wer dreistellige Millionenbeträge bis zur Marktreife eines Medikaments investiert, wird sich kaum von lästigen Nebenwirkungen bremsen lassen. Bedenklich stimmt auch ein Artikel des Münchner Krebspezialisten Prof. Gallmeier, der 1994 erschreckende Aussichten für die klinische Therapieforschung feststellte: „Auch wichtige epidemiologische Fragen finden keine Sponsoren. So mußten die Kliniker in Deutschland fassungslos hinnehmen, daß das Bundesministerium für Forschung und Technologie die Förderung des gesamten Programms klinischer Therapiestudien eingestellt hat.“ Erriet den Politikern, „die

notwendige klinische Forschung in Deutschland industriunabhängig

Mitleid hilft nicht!

Bitte unterstützen Sie uns im Kampf gegen BAYER-Tierfolter. Spenden Sie bitte auf folgendes Konto: Postgiroamt Essen, Konto-Nummer 37 83 83, BLZ 360 100 43. Stichwort: Stoppt BAYER-Tierversuche. Vielen Dank für Ihre Hilfe.

